

LITERATURBERICHT

Die Ära Kohl **Ein Literaturbericht. Zweiter Teil** **A: Monographisches zur deutschen Einheit**

Von Hans-Otto Kleinmann

Die Publizistik in ihrer Gesamtbreite zwischen Wissenschaft und Satire, zwischen Beifall und Polemik hat kaum eine andere Politikerpersönlichkeit der Bundesrepublik Deutschland derart oft und vielfältig „behandelt“ wie Helmut Kohl. Auch darin spiegelt sich das Besondere seiner Ära wider: Sie wirkt noch nach ihrem Ende in der öffentlichen Auseinandersetzung um ihr Geschichtsbild weiter. Nach wie vor spalten sich an ihm die Geister wie an keinem Kanzler sonst, Konrad Adenauer, den Gründungskanzler, vielleicht ausgenommen. Er bleibt ein „Phänomen“¹, das Reaktionen zwischen Ablehnung und Zustimmung, zwischen Hass und Glorifizierung in allen nur möglichen Abstufungen hervorgerufen hat und noch immer hervorruft. Zehn Jahre nach Kohls Abwahl als Kanzler (1998) lässt sich aber auch konstatieren, dass die Historisierung seiner Ära eingesetzt hat, ablesbar an der wachsenden Zahl monographischer Darstellungen von Teilbereichen und Einzelaspekten seiner 16-jährigen Kanzlerschaft. Sind zunächst die Betrachtungen und Wertungen seiner Person und seines Regierungshandelns vom politischen Tageskurs abhängig gewesen, so bestimmt mittlerweile zusehends mehr das objektivierende und integrierende Interesse historischer Themenstellungen das Bild seiner Regierungszeit. Das gilt vor allem für die Geschichte der deutschen Wiedervereinigung, des dramatischen Mittelpunkts der Ära Kohl.² Im Folgenden werden relevante Titel zu diesem Thema vorgestellt. Die Veröffentlichungen, die bis heute den Prozess der deutschen Einheit – kommentierend, kritisierend, analysierend – begleiten, sind ohne Zahl. In vielen Fällen war eine Abgrenzung zur Geschichtsschreibung nicht eindeutig zu treffen, und so mag bei der vorliegenden Auswahl der ein oder andere Titel vermisst werden. Es kann dafür nur um Verständnis gebeten werden. Ersatzweise wird auf andere Literaturberichte,

1 *Das Phänomen: Helmut Kohl im Urteil der Presse 1960–1990*, hg. von Bernhard VOGEL, Stuttgart 1990.

2 Vgl. Gerhard A. RITTER, *Der Umbruch von 1989/91 und die Geschichtswissenschaft* (Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Phil.-Hist. Klasse, 5), München 1995. Kritisch Wilfried LOTH, *Kohl und die Einheit. Eine Bilanz*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 45 (2000), 11, S. 1384–1394, der die Rolle Kohls im Prozess der deutschen Vereinigung relativiert und als Ergebnis seiner Analyse festhält, dass die deutsche Einheit „1990 auch ohne Helmut Kohl gekommen“ wäre.

auf Bibliographien und auf Sammelbände mit einschlägigen Beiträgen verwiesen.³

Aus der kaum noch überblickbaren Menge der erschienenen Aufsatzsammlungen, in denen sich wie in den Fachzeitschriften die Forschungsdiskussion im Wesentlichen abspielt, werden vorweg nur einige Bände herausgegriffen und kurz vorgestellt, soweit sie durch die Vielfalt ihrer Beiträge dem Historiker die gesamte Bandbreite der Themen, Sichtweisen und Deutungsansätze zur Einheitsproblematik erschließen können. Eine „erste breit angelegte Bilanz des Einigungsprozesses“ versucht der von *Eckhard Jesse* (TU Chemnitz) und *Armin Mitter* (Humboldt-Universität, Berlin) herausgegebene Sammelband⁴ zu ziehen. Er enthält neben Beiträgen zur Geschichte der DDR und der deutsch-deutschen Beziehungen sowie Darstellungen des innen- und außenpolitischen Weges zur Einheit vor allem Abhandlungen über die verschiedenen Komplexe des Einigungsprozesses (Wahlen, Parteiensystem, Bundesstaatlichkeit, Rechtswesen, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft). Auf die Bedeutung einer „konsequenten Aufarbeitung der DDR-Geschichte für die Entwicklung des demokratischen Bewusstseins“ weist *Armin Mitter* in seinem Beitrag hin (S. 365–387). *Werner Weidenfeld* macht in seinen Reflexionen über die „Perspektiven der weiteren Entwicklung Deutschlands“ klar, dass für das vereinte Deutsch-

3 Eckhard JESSE, *Der Umbruch in der DDR und die deutsche Vereinigung im Spiegel der Literatur*, in: *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft*, hg. von Eckhard JESSE und Armin MITTER, Bonn 1992; DERS., *Krasse Interpretationsunterschiede im Widerstreit. Die Bundesrepublik Deutschland 17 Jahre nach der Einheit. Literaturbericht*, in: *Zeitschrift für Politik* 54 (2007) 3, S. 352–361; Klaus HILDEBRAND, *Wiedervereinigung und Staatenwelt. Probleme und Perspektiven der Forschung zur deutschen Einheit 1989/90*, in: *VfZ* 52 (2004), 2, S. 197–214; vgl. auch Udo WENGST, *Literaturbericht: Deutschland nach 1945*, in: *GWU* 58 (2007), mit einigen Titeln zur Geschichte der Ära Kohl; eine kommentierte Zusammenstellung französischer Neuerscheinungen über das vereinigte Deutschland und die Konsequenzen der Einheit für Frankreich: Dana MARTIN, *L'image de l'Allemagne unie en France. Dix livres français sur l'Allemagne de 1990 à 2000*, in: *Documents* 58 (2003), 4, S. 54–57. – Zur Bibliographie im Allgemeinen: Hendrik BERTH/Elmar BRÄHLER, *Zehn Jahre deutsche Einheit. Die Bibliographie*, Berlin 2000 sowie die Domain www.wiedervereinigung.de (Hendrik BERTH, *Bibliographie zur Deutschen Einheit*), Dresden ab 1999 mit Literaturangaben zu den verschiedensten Fachgebieten. Eine im Besonderen die Geschichte berücksichtigende Auswahlbibliographie zur Deutschen Einheit bietet das Sammelbändchen *Europa und die deutsche Einheit. Zehn Jahre Wiedervereinigung. Bilanz und Ausblick*, hg. von Angela MERKEL, Freiburg i. Br. 2000. Zu den Veröffentlichungen über soziale und ökonomische Aspekte der deutschen Vereinigung vgl. Horst THOMSEN/Frauke SIEFKES, *Bibliography on German unification: economic and social developments in Eastern Germany, November 1989 to June 1998* (Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel), München 1993. Siehe ferner auch die periodische Literaturliste „Zum Stand der deutschen Einheit“ aus den Beständen der Bibliothek des Deutschen Bundestages (letzter Ausdruck vom 1.11.2007).

4 *Die Gestaltung der deutschen Einheit*. (wie Anm. 3).

land eine „neue Zukunft“ mit der „doppelten Herausforderung zur Modernisierung nach innen und nach außen“ begonnen habe.

Die Ergebnisse eines Forschungsprojekts des Center for European Studies über die deutsche Einigung als europäisches Problem hat *Wolfgang Heisenberg* vorgelegt.⁵ Aufsätze über die 2+4-Verhandlungen und über die Behandlung der deutschen Frage in der Europäischen Gemeinschaft verdeutlichen ebenso wie Darlegungen der europäischen Rahmenbedingungen, dass die deutsche Vereinigung eine europäische Hauptaktion mit enormen Auswirkungen auf die Europäische Gemeinschaft war. Man könne sogar argumentieren, so der Herausgeber einleitend, dass die deutsche Einigung sich nur deshalb so schnell und ohne ernste zwischenstaatliche Konflikte habe realisieren lassen, „weil die Eigendynamik der europäischen Einigung stark genug war, eine langfristige Perspektive für die gesamteuropäische Lösung der deutschen Frage... zu schaffen“.

Zwei amerikanische Experten in deutschen und europäischen „politics“, *M. Donald Hancock* und *Helga A. Welsh*, haben dem von ihnen herausgegebenen Aufsatzband⁶ Modelle der Integration und Demokratisierung zugrunde gelegt, um mit ihnen einen theoretischen Zugang zu den Vorgängen und Problemen der deutschen Vereinigung zu gewinnen. Die von amerikanischen und deutschen Autoren verfassten Einzelbeiträge behandeln unter diesem Blickwinkel Themen wie die Delegitimierung des SED-Regimes und die demokratischen Anfänge in der DDR sowie die Konsequenzen der deutschen Vereinigung für den ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel in Deutschland, aber auch für die Sicherheitsarchitektur und die europäische Integration. Die Schlussfolgerung der Editoren geht dahin, dass die Art und Weise, mit der die Schwierigkeiten und Fehlentwicklungen des Vereinigungsprozesses bewältigt würden, zugleich das Maß für die Stabilität der Demokratie im neuen Deutschland sein könne.

Es dürfte einmal interessant sein zu untersuchen, als Gegenstand künftiger Dissertationen, wie sich die Problemfelder und Fragestellungen mit den Jahresabständen solcher Bilanzierungen verändert haben oder konstant geblieben sind. So setzte etwa schon die von *Ralf Altenhof* und *Eckhard Jesse* herausgegebene „Zwischenbilanz“⁷ der Einheit nach fünf Jahren neue Schwerpunkte wie den Extremismus, die politische Kultur, die Angleichung der Lebensverhältnisse, die DDR-Nostalgie oder die außenpolitischen Tendenzen der „Ber-

5 *Die Vereinigung Deutschlands in europäischer Perspektive*, hg. von Wolfgang HEISENBERG, Baden-Baden 1992.

6 *German Unification. Process and outcomes*, hg. von M. Donald HANCOCK und Helga A. WELSH, Boulder (Colorado) 1994.

7 *Das wiedervereinigte Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven*, hg. von Ralf ALTENHOF und Eckhard JESSE, Düsseldorf 1995.

liner Republik“. Eine „Zwischenbilanz der deutschen Einigung“ für die politische Kultur hat auch der 19. Wissenschaftliche Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft zum Gegenstand gehabt.⁸ Dabei wurden der politisch-kulturelle Wandel in Deutschland und seine Konfliktstrukturen in den Kontext der gesellschaftlichen Transformationsprozesse und des internationalen Systems Europas gestellt. Im Eröffnungsvortrag wurde von *Gerhard Lehbruch* die Dimension der Politikwissenschaft im Prozess der deutschen Vereinigung ausgemessen. Auf einer Tagung der Europäischen Akademie Otzenhausen zur DDR-Forschung kamen speziell auch „Einigungsaspekte“ zur Sprache wie die Frage der inneren Einheit (*Bernd Faulenbach*, *Hans-Joachim Veen*), die Bilanz des ersten Jahrzehnts deutscher Außenpolitik nach der Vereinigung (*Siegfried Schwarz*), das Zusammenwachsen der CDU durch die Meinungsbildung zum ersten gesamtdeutschen Grundsatzprogramm (*Ingrid Reichart-Dreyer*) und die widersprüchlichen Erinnerungen der internationalen Protagonisten der Wiedervereinigung (*Alexander von Plato*).⁹ Den Folgen der deutschen Vereinigung sowohl im Innern für Ökonomie, Parteiensystem, Föderalismus und ImmigrantInnenproblem als auch – außenpolitisch – für die europäische Integration, den deutschen Einfluss in Osteuropa, die Sicherheitspolitik und das deutsch-amerikanische Verhältnis ist die von dem in Belfast lehrenden Politologen *Klaus Larres* herausgegebene Aufsatzsammlung gewidmet, deren Beiträge von Wissenschaftlern aus dem Vereinigten Königreich und Kanada verfasst worden sind.¹⁰ Die Vorträge einer Ringvorlesung, die im Sommersemester 2007 im Rathausfestsaal Erfurt über Probleme der deutschen Einheit gehalten wurden, hat *Wolfgang Bergsdorf* ediert.¹¹ Darunter sind historisch für die Politik Bundeskanzler Kohls von grundlegender Bedeutung: *Peter Hartmann*, Außenpolitische Absicherung des Wiedervereinigungsprozesses (S. 131–153), *Frank Ettrich*, Die deutsche Einheit als soziales Problem (S. 89–113) und *Manfred Wilke*, Wer hat die deutsche Einheit herbeigeführt? (S. 191–207) mit einer glänzenden Skizzierung der deutschen Wiedervereinigungsgeschichte in ihrer Vielschichtigkeit und Mehrdimensionalität.

Die „Einheitsbilanzen“ nach zehn oder 15 Jahren beziehen sich perspektivisch zumeist auf die Ära Kohl – logischerweise. Der von *Wolfgang Thierse*, *Ilse Spittmann-Rühle* und *Johannes Kuppe* herausgegebene, Gisela Helwig ge-

8 *Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*. Im Auftrag der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft hg. von Gerhard LEHBRUCH, Opladen 1995.

9 *Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit*, hg. von Heiner TIMMERMANN, Berlin 2001.

10 *Germany since Unification. The Development of the Berlin Republic*, hg. von Klaus LARRES, 2. Aufl., Basingstoke, Hampshire 2001.

11 *Deutsche Einheit. Ein Projekt*, hg. von Wolfgang BERGSDORF u. a., Erfurt 2008.

widmete Band¹² bietet einen Überblick über die „Meinungsvielfalt“, „die es zur Geschichte der Teilung Deutschlands und zum Stand der Einheit nach zehn Jahren gibt“. Die Beiträge behandeln die unterschiedlichsten Themen, beginnend mit der Frage nach Deutschlands Rolle in Europa, über Arbeitsmarktpolitik, Konsumgeschichte, Parteienlandschaft, Staatssicherheit, Bildung und Wissenschaft, Presse und Rundfunk, Verwaltung, Literaturverhältnisse bis zur Erforschung der DDR-Geschichte und zur Gruppe der Bürgerrechtler – zu meist sehr persönlich gehaltene Essays, die eine Botschaft gemeinsam haben: „Der Osten bleibt anders, in vielerlei Hinsicht“ (S. 11). In dem repräsentativen Sammelwerk anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Gesellschaft für Deutschlandforschung sind von ausgewiesenen Kennern der deutschen Frage die innen- und außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung einschließlich der inneren Entwicklung der DDR und des Transformationsprozesses in einem ungewöhnlich breiten Spektrum behandelt worden.¹³ Aus der Bilanz, die *Konrad Löw* herausgebracht hat,¹⁴ ist für die Ära Kohl die sachverständige Studie von *Peter März* (Kanzlerschaft im Wiedervereinigungsprozess. Leitbilder, Strategien, Management, Historisierungen, S. 39–80) relevant. Die Entwicklungen und Rahmenbedingungen der 90er Jahre in Politik, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft, insbesondere auch in Bezug auf das Selbstbild und die Außenwahrnehmung der „Berliner Republik“, werden in einem von *Roland Szada* und *Hellmut Wollmann* verantworteten, über 30 Artikel enthaltenen Band diskutiert.¹⁵ Das von der Alexander-von-Humboldt-Stiftung geförderte Seminarprogramm des deutsch-amerikanischen Wissenschaftsdialogs hat sich unter Leitung des Soziologen *Wolfgang Schluchter* (Heidelberg) und des Verfassungsrechtlers *Peter E. Quint* (University of Maryland) 1999/2000 mit den Problemen des Übergangs von einem autoritären politischen System mit geschlossener Gesellschaft zu einer demokratischen politischen Ordnung mit offener Gesellschaft auseinandergesetzt. Die Einzelvorträge, die schwerpunktmäßig die Entstehungsphase eines vereinten Deutschlands, den Transformationsprozess in der DDR und den Vergleich dieses Übergangs mit den Übergängen anderer osteuropäischer Staaten zum Gegenstand haben, sind in einem inhaltsreichen Band publiziert worden.¹⁶ Beiläufig darf darüber spekuliert wer-

12 *Zehn Jahre Deutsche Einheit. Eine Bilanz*, hg. von Wolfgang THIERSE/Ilse SPITTMANN-RÜHLE/Johannes L. KUPPE, Opladen 2000.

13 *Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20-jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung*, hg. von Karl ECKART, Jens HACKER und Siegfried MAMPEL, Berlin 1998.

14 *Zehn Jahre deutsche Einheit*, hg. von Konrad LÖW, Berlin 2001.

15 *Von der Bonner zur Berliner Republik. 10 Jahre Deutsche Einheit*, hg. von Roland SZADA und Hellmut WOLLMANN, Wiesbaden 2000.

16 *Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach*, hg. von Wolfgang SCHLUCHTER und Peter E. QUINT, Weilerswist 2001.

den, ob es mehr mit der in diesem Buch vorherrschenden soziologischen Betrachtungsweise oder mehr mit dem Erscheinungsjahr zusammenhängen mag, dass Helmut Kohl in dem über 500 Seiten starken Band kein einziges Mal erwähnt wird. Eine Aufsatzsammlung mit der Intention, den strukturellen Wandel in Ostdeutschland, die vorgenommenen Weichenstellungen des Aufbaus Ost und die Auswirkungen der ostdeutschen Transformationsprozesse seit 1990 „in den einzelnen Gesellschaftsbereichen“ konkret zu beschreiben und am „Zustand der deutschen Einheit“ aktuelle Probleme aufzuzeigen, haben die Publizisten *Hannes Bahrmann* und *Christoph Links* vorgelegt.¹⁷

Für die historische Aufarbeitung der deutschen Einigung ist das „Handbuch zur deutschen Einheit“¹⁸ unverzichtbar. Als ein „lexikalisch angeordnetes Informationspaket“ in 71 Stichwörtern beschreibt, analysiert und bewertet es den Prozess der deutschen Einheit bis 1999. Die Beiträge der 67 Autoren (Historiker, Sozialwissenschaftler, Juristen, Fachjournalisten, Verwaltungsfachleute) nehmen für die verschiedenen Politikfelder und Leitthemen des Einigungsprozesses von „Ausländer“ bis „Wirtschaft“ nicht nur eine Bestandsaufnahme vor, sondern beziehen auch den geschichtlichen Rückblick ein, insbesondere die „Beziehungsgeschichte zwischen der Bundesrepublik und der DDR“. Der Bezug zur deutschen Einheit und zur gesamtdeutschen Perspektive bleibt dabei stets präsent. Der Wert dieses Handbuchs liegt vor allem darin, dass es knapp und kompetent über die Faktenlage und Problematik der wichtigsten Aspekte der deutschen Einigung orientiert, und zwar auch über das Datum von 1990 hinaus. Die Artikel zur „Deutschlandpolitik“ und über die „Verhandlungen zur deutschen Einheit“ seien als zusammenfassende Überblicke hier besonders hervorgehoben. Im Artikel „Politische Kultur“ heißt es, die Ära Kohl habe ihre Sicherheit aus dem politischen Kompass bezogen, der nach den Erfahrungen der Nachkriegshistorie mit einer im Ost-West-Konflikt verwurzelten kollektiven Ideenwelt eingestellt gewesen sei. Die neue „Berliner Republik“ (nach dem Wahlsieg Gerhard Schröders!) sei hingegen dadurch charakterisiert, dass ihr die existenziellen Kriegs- und Nachkriegserfahrungen fehlten.

In der Geschichte wird Kohls Name auf immer mit der Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates verbunden bleiben, so wie der Bismarcks mit der nationalstaatlichen Reichsgründung von 1871. Mit dieser Feststellung ist allerdings die Analogie zwischen den beiden Säkularereignissen der deutschen Staatsgeschichte schon erschöpft. Anders als Bismarck erscheint Kohl nicht als große Schicksalsfigur der deutschen Geschichte. Die Unterschiede sind evident: Bismarck war ein politischer Gestalter, der den geschichtlichen

17 *Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz*, hg. von Hannes BAHRMANN und Christoph LINKS, Berlin 2005.

18 *Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999*, hg. von Werner WEIDENFELD und Karl-Rudolf KORTE, Neuausgabe Bonn 1999 (erstmalig 1992).

Moment, der das Werk ermöglichte, durch ein riskantes Unternehmen herbeiführte, der die Umstände nach seinem Willen lenkte, während Kohl sich ihnen anpasste, die Gunst der Stunde nutzte wie in Umsetzung einer Adenauer-Maxime von 1966: „... aber wenn ein Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen“. Kohl war damals, als er das hörte, gerade Parteivorsitzender und designierter Ministerpräsidentenkandidat der CDU in Rheinland-Pfalz geworden. Anders als das zweite Kaiserreich, das eine machtstaatliche Schöpfung war und seinen Ursprung in einem siegreichen Krieg hatte, war die deutsche Einheit am Ende des 20. Jahrhunderts das Ergebnis eines friedlichen Weges, das in Partnerschaft mit Deutschlands Nachbarstaaten und Verbündeten wie auch in Übereinstimmung mit den vorherrschenden Tendenzen der internationalen Ordnung erreicht wurde. Mit der größer werdenden Distanz zu den Ereignissen von 1989/90 wird zudem immer klarer bewusst, dass die deutsche Vereinigung Teil einer großen Zeitwende war, ein Nebenprodukt der epochalen Umbruchsituation, die durch das Ende des Ost-West-Konflikts, den Zerfall des Sowjetimperiums und den Prozess der beschleunigten Globalisierung charakterisiert ist. Mit den neuen Konfliktstrukturen und neuen Machtzentren, die entstanden, entfielen die in der Weltkriegs- und Nachkriegskonstellation entstandenen Bedingungen der Teilung Europas und Deutschlands praktisch endgültig. Was in der historischen Rückschau zugleich auch deutlicher erkennbar wird, ist die Prozesshaftigkeit des zur deutschen Vereinigung führenden Geschehens. So ereignishaft der Vorgang der deutschen Einheit vielfach heute noch erscheint,¹⁹ er war bei all seiner Unvorhersehbarkeit und Raschheit, die sich den Miterlebenden einprägte, eigentlich der erlösende Höhepunkt einer Entwicklung, die sich in der Kontinuität der Entspannungspolitik im deutsch-deutschen Verhältnis wie im weltpolitischen Zusammenhang anbahnte. Was Tocqueville von der Französischen Revolution sagte, trifft auch auf die deutsche Einheit zu: Sie bereitete sich vor, aber keiner sah es. Viele handelten als ihr Agent, ohne sie zu erkennen, als sie sich nähert.²⁰

Die Erforschung dieses deutschlandpolitischen Prozesses und seiner diachronischen wie auch synchronischen Einordnung in den globalen Systemzusammenhang wird künftig eine Hauptaufgabe der Geschichtswissenschaft sein. Eine besondere Herausforderung an die historische Quellenkritik dürften dabei die von den politischen Spitzenakteuren selbst oder aus ihrem engsten Umkreis stammenden Darstellungen bilden, die dem Bild der „Histoire-se-faisant“ schon bestimmte Konturen und Färbungen gegeben haben. Noch in seiner Amtszeit hat so auch Bundeskanzler *Kohl* eine erinnernde Rückschau auf

19 Vgl. Klaus W. TOFAHRN, *Chronologie der Wiedervereinigung Deutschlands*, Hamburg 2004.

20 Alexis de TOCQUEVILLE, *L'Ancien Régime et la Révolution* (1856), Kapitel 1.

die Ereignisse, Entscheidungen und Schlüsselpersonen der deutschen Einigungsgeschichte erscheinen lassen.²¹ Es handelt sich um einen Bericht in eigener Sache, dem die beiden „Bild“-Redakteure *Dieckmann* und *Reuth* auf der Grundlage von Interviewinformationen und zur Verfügung gestellter Aufzeichnungen die Buchform gegeben haben, um – wie es in ihrem Vorwort heißt – „den vielfach verstellten Blick auf jene so wichtige Wegmarke der deutschen und europäischen Geschichte wieder freier zu machen“. Die im Erzählstil, also in der Ich-Form gehaltenen Schilderungen des Kanzlers wechseln ab mit ergänzenden und einordnenden Passagen seiner Ko-Autoren. Es ist die Ur-Version der persönlichen Sicht des Einheitskanzlers auf seine Rolle am Ende des langen Weges zur Einheit – und damit auch ein Stück Selbstdarstellung, die zugleich viel über seinen Regierungsstil und sein Politikverständnis aussagt. Liest man etwa Kohls Ausführungen über den Umgang mit der Stasi-Vergangenheit oder über seinen Standpunkt zum Problem der Oder-Neiße-Grenze, wird sehr deutlich, wie stark Menschenkenntnis und Geschichtsbewusstsein seine Politik geprägt haben. Dem Leben unter einer Diktatur solle man nicht im „Geiste moralischer Überlegenheit“ gegenübertreten. Es gebe da „keine einfachen, pauschalen Lösungen“ (S. 348f.). In der Grenzfrage ist es ihm vor allem darum gegangen, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als einen „schmerzhaften Preis für die deutsche Einheit“ manifest zu machen. Er bewies mit seiner „Gratwanderung“ (S. 245) weit mehr Sensibilität als die Mehrzahl seiner deutschen Kritiker, die mit den ehemaligen deutschen Ostgebieten so umgingen, als handelte es sich um Sperrmüll, den die Polen abholen könnten. In solch kommentierenden „Schlenkern“ wie auch in den eingestreuten praktischen Lebensweisheiten des erfahrenen Politikers liegt heute der Hauptwert dieses Buches, das in der Wiedergabe von Kohls Gesprächen mit den anderen Hauptakteuren der deutschen Einheit jedoch inzwischen von den „Memoiren“ und von bereits erschienenen Quellenbänden größtenteils überholt ist.²²

21 Helmut KOHL, „*Ich wollte Deutschlands Einheit*“, dargestellt von Kai DIECKMANN und Ralf Georg REUTH, Berlin 1996 (als Ullstein-Taschenbuch 1998), franz. Paris 1997, span. Barcelona 1997.

22 Helmut KOHL, *Erinnerungen 1930–1982* (München 2004), *1982–1990* (München 2005), *1990–1994* (München 2007); vgl. *Die Ära Kohl – Ein Literaturbericht. Erster Teil*, in: HPM 14 (2007), S. 365f. – Für eine vertiefende Ergänzung zu dem im zweiten Memoirenband beschriebenen privaten DDR-Besuch Kohls haben Jan SCHÖNFELDER und Rainer ERICES die Stasi-Unterlagen ausgewertet (*Westbesuch. Die geheime DDR-Reise von Helmut Kohl*, Plauen 2007). Hunderte von Stasi-Mitarbeiter wurden für die Vorbereitung und Beobachtung der kurzen Reise des von seiner Frau und seinem Sohn Peter begleiteten Bundeskanzlers durch Thüringen und Sachsen aufgeboten, um ihn von Kontakten mit der Bevölkerung abzuschirmen. Gleichwohl war dieser DDR-Abstecher Ende Mai 1988 für Kohl wichtig, wie die Autoren ausführen, denn die Stimmung, die er aufgenommen habe, sei nur wenige Monate später zu seinem „inneren Wegweiser“, zur Triebkraft geworden, aus der er die Energie für sein Auftreten im Winter 1989/90 gezogen habe. Vgl. auch DIES., *Kohls geheime Reise in die DDR*, in: Deutschland-Archiv 40 (2007) 2, S. 288–296.

Mit monographischer Konzentration auf die deutsche Frage hat sich neben Kohl nur noch *Michail Gorbatschow* geäußert,²³ die weltpolitische Schlüsselfigur für die deutsche Einheit. Sein Buch ist bereits im ersten Teil dieses Literaturberichts kommentiert worden (HPM 14, 2007, S. 371).

Es versteht sich von selbst, dass in den Memoiren führender Politiker der Zeitwende von 1989/90 wie – neben Kohl und Gorbatschow – Bush, Thatcher, Baker, Schewardnadse oder Genscher das Ende des Kalten Krieges und der deutschen Teilung jeweils wichtige Kapitel bilden. Auch hier muss der Hinweis auf die im ersten Berichtsteil (HPM 14, 2007, S. 365ff.) behandelten Bücher genügen. Das gilt insbesondere für die amerikanischen Darstellungen von *George Bush* und *Bent Scowcroft* sowie von *James A. Baker* über die amerikanische Außenpolitik der Umbruchzeit 1989/91.²⁴ Die Ereignisse der Wendejahre wurden aber auch in der breiten Öffentlichkeit als etwas ganz Außerordentliches, als ein Stück Weltgeschichte erlebt. Die Nachfrage nach authentischen Darstellungen, wie es so habe kommen können und wie es eigentlich gewesen sei, war immens. Nicht nur aus den Beraterstäben der „Großen“ gab es deshalb mehr Wortmeldungen als sonst, die veröffentlicht wurden. Auch journalistische Augenzeugen, Zeitanalysten und -kritiker, Historiker und Politikwissenschaftler nahmen sich der großen Themen des Umbruchs von 1989/90 an.

Im unterhaltenden Erzählstil hat sich *Vernon A. Walter*, amerikanischer Botschafter in Bonn von April 1989 bis September 1991, an seine aufregende Diplomatenzeit während der entscheidenden Ereignisse in Deutschland erinnert.²⁵ Szene reiht sich an Szene: die ersten Tage in Bonn, das gespannte Verhältnis zu US-Außenminister Baker, die Freude beim Fall der Mauer („Die Freiheit hatte gesiegt“), das Erlebnis des 3. Oktober 1990, die Frustration über die Haltung der Deutschen im Golfkrieg, bei denen er den Sinn für Realitäten und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung vermisste – schließlich habe Bonn doch gemeinsam mit Japan den größten Beitrag zu den Kriegskosten geleistet und früher gezahlt als alle anderen Schuldner („und das, obwohl es zur gleichen Zeit Milliarden zur Finanzierung der Einheit benötigte“) –, zuletzt der Berlin-Beschluss vom 20. Juni 1991, den er in der Tradition des amerikanischen Engagement für die deutsche Hauptstadt „tief im Herzen“ be-

23 Michail GORBATSCHOW, *Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung*, Berlin 1999 (russ. Original: *Kak et bylo*, Moskau 1999).

24 George BUSH/Brent SCOWCROFT, *Eine neue Welt. Amerikanische Außenpolitik in Zeiten des Umbruchs*, Berlin 1999 (amerik. Original: *A World Transformed*, New York 1998); James A. BAKER, *Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen*, Berlin 1996 (amerik. Original: *The Politics of Diplomacy*, New York 1995). Vgl. HPM 14 (2007), S. 368 und 377.

25 Vernon A. WALTERS, *Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres. Die Aufzeichnungen des amerikanischen Botschafters*, Berlin 1994.

grüßte. Wie ein roter Faden zieht sich durch seinen Bericht seine nach Deutschland mitgebrachte Überzeugung, dass noch in seiner Amtszeit als Botschafter die Teilung des Landes überwunden werden würde – Genscher habe da nachsichtig, ja beinahe herablassend gelächelt, Kohl habe genickt: „Wir werden gemeinsam mit unseren NATO-Verbündeten für dieses Ziel arbeiten, und wir werden es erreichen.“ Welche Gründe Walters für seine Einschätzung hatte, sagt er nicht. Dass das Buch in erster Linie für das amerikanische Publikum geschrieben worden ist, unterstreicht das Nachwort, das aufkommende Besorgnisse wegen rassistischer Ausschreitungen im neuen Deutschland zu zerstreuen sucht, indem es die Verwandlung der Deutschen „in ein Volk muster-gültiger Demokraten“ geltend macht.

Von den engen Mitarbeitern Kohls im Kanzleramt sowie von prominenten Mitgliedern seines Kabinetts haben sich *Wolfgang Schäuble*, *Theo Waigel*, *Horst Teltschik* und *Hans Klein* einschlägig zur Politik der deutschen Einheit geäußert. *Schäubles*²⁶ Buch beruht auf Interviews der Herausgeber mit Schäuble während dessen Rehabilitationsaufenthalt in Langensteinbach Ende 1990/Anfang 1991. Das daraus entstandene Manuskript ist von Schäuble dann bearbeitet worden. Der Bericht ist in der „Ich“- bzw. „Wir“-Form verfasst, wobei im letzteren Fall entweder nur das Verhandlungsführerpaar (Schäuble und Günther Krause) oder auch die bundesdeutsche Seite als solche gemeint sein können. Als „Manager der Einheit“ beschreibt Schäuble darin den Verhandlungsprozess zum Einigungsvertrag vom 31. August 1990. Der Bericht beginnt mit den Voraussetzungen, der „unvollendeten Revolution“ und der Entstehung demokratischer Strukturen in der DDR, schildert dann das „Spiel mit vielen Bällen“ (BVerfG, Ressorts, Parteien, Länder, Interessengruppen), um im Hauptteil, ausgehend von den beiderseitigen Positionsbestimmungen, ausführlich die drei Verhandlungsrunden zu behandeln. Das Schlusskapitel ist jenen vielschichtigen Rechtsfragen gewidmet, die besondere Regelungen verlangten, dem Streit um den § 218, der Eigentumsfrage und der Bewältigung der Stasi-Vergangenheit. Eindringlich wird dargelegt, unter welchem Zeitdruck und welchen dramatischen Zeitumständen die rechtlichen Regelungen für das Zusammenwachsen beider deutscher Staaten und für einheitliche Lebensverhältnisse zustande kamen. Es sei bei dem „so komplizierten und komplexen“ Einigungsvertrag, der nur acht Wochen nach dem Inkrafttreten des Währungs-, Wirtschafts- und Sozialvertrags vom 1. Juli 1990 geschlossen wurde und der im BGBI 360 Seiten umfasst, darum gegangen, 40 Jahre staatlicher und gesellschaftlicher Auseinanderentwicklung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gleichsam „in einem Schritt“ zu überspringen. Das Buch setzt auch ein Denkmal für die Beamtenschaft der Ministerien, die mit beispiellosem En-

26 Wolfgang SCHÄUBLE, *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*, hg. und mit einem Vorwort von Dirk KOCH und Klaus WIRTGEN, Stuttgart 1991.

gagement und reibungsloser Zusammenarbeit die „gigantische Fülle des Stoffes“ bewältigte. Sehr positiv beurteilt wird auch der – fast vergessene – Verhandlungspartner Günther Krause, der Schäubles Linie der Beschränkung auf das Notwendige voll unterstützte und in nüchterner Einschätzung der Lage die Einheit möglichst rasch vollziehen wollte.

Theo Waigel, 1989–1998 Bundesminister der Finanzen, wollte in Zusammenarbeit mit dem Redakteur *Manfred Schell* („Die Welt“ und n-tv) in seinem Sammelband²⁷, zu dem auch Hans Tietmeyer, Horst Köhler und andere ehemalige leitende Beamten des Bundesfinanzministeriums (Peter Klemm, Thilo Sarrazin, Bruno Schmidt-Bleibtreu) beigetragen haben, durch Darstellung des Zustandekommens der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion 1990 für die Geschichte eine „Lücke schließen“. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit sei nicht nur eine außenpolitische (sprich: Kohl, Genscher), sondern auch eine finanzpolitische (sprich: Waigel) Aufgabe gewesen, für die es kein geschichtliches Vorbild gegeben habe. Die Wirtschafts- und Währungsunion sei überhaupt der Grundstein, „der erste und der entscheidende Schritt“ (S. 8), für eine positive Lösung der deutschen Frage gewesen. Abgesehen von Waigels kräftigem Fingerschnipsen, mit dem er sich als Mittäter am Werk der Wiedervereinigung meldet, enthält das Buch hochinteressante Informationen und Problemdarstellungen über die Entstehung und die Umsetzung des Konzepts der Wirtschafts- und Währungsunion aus der Perspektive der Finanzexperten. Vor allem wird der ungeheure Handlungsdruck deutlich, der durch die Entwicklung selbst wie auch durch die politischen Vorgaben von Seiten des Bundeskanzlers bestand. Kohl habe sich dabei Waigels Position zu eigen gemacht, sich nicht auf Stufenpläne im Einheitsprozess einzulassen, sondern der DDR unverzüglich anzubieten, mit Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion zu beginnen.

Eine der ersten Veröffentlichungen über das dichte, dramatische Geschehen des Einigungsprozesses stammt von *Horst Teltschik*, der als Leiter der Außen- und Sicherheitspolitik im Kanzleramt an der Seite Kohls unmittelbar beteiligt und mitverantwortlich war.²⁸ Wenn es eine weltgeschichtliche Stunde war, in der die Wiedervereinigung Deutschlands gelang, dann geben diese tagebuchartigen Aufzeichnungen gewissermaßen deren Minutentakt an, beginnend mit der Nachricht vom Mauerfall in Berlin am 9. November 1989, die den Kanzler und seine Suite während seines offiziellen Besuches in Warschau erreichte und endend mit dem Tag der deutschen Einheit am 2. Oktober 1990, unter dem am Schluss vermerkt ist „Um zwei Uhr früh gehen wir zu Fuß in Richtung unseres Hotels. Überall liegen Scherben herum. Deutschland ist geeint.“ Die

27 Theo WAIGEL/Manfred SCHELL, *Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion*, München 1994.

28 Horst TELTSCHIK, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991.

Tageseintragungen dazwischen vermitteln nicht nur einen Eindruck von der ungeheuren Beschleunigung der Politik in dieser Zeitspanne, sondern führen auch einprägsam vor Augen, dass die geschichtliche Bewegung, die man leichthin als einen durch Eigendynamik und Sachzwang vorwärtsgerichteten Prozess zu bezeichnen geneigt ist, von den Handelnden als Abfolge von Wahrnehmungen, Reaktionen und Entscheidungen, ja auch von Orts- und Ebenenwechseln erfahren wurde. Dass die Stunde günstig war, eröffnete sich erst allmählich, und zu nutzen war sie nur schrittweise. Wer über die deutsche Einigungsgeschichte arbeitet, ist gut beraten, wenn er Teltschiks „Tagebuch“ bei der Quellen- und Literatúrauswertung stets zur Hand hat.

Das gleichfalls 1991 erschienene Buch von *Hans Klein*, Regierungssprecher Kohls, über die entscheidende Reise des Kanzlers in die Sowjetunion im Sommer 1990,²⁹ ist historisch vergleichsweise wenig ergiebig. Es liefert „aus subjektiver Sicht“ Atmosphärisches, es beleuchtet die Außenseite der Politik, enthält aber kaum Politisches und schon gar keine Hintergrundinformationen. Einige exklusive Streiflichter, die auf die Hauptpersonen der deutsch-sowjetischen Begegnung fallen, mögen zwar nicht uninteressant sein, aber im Ganzen überwiegt doch das Nebensächliche, was insbesondere auch für die beigegebenen Fotos gilt. Was soll beispielsweise die Serie kleiner Fotomedaillons russischer Herrscher, unter denen neben Iwan dem Schrecklichen, Katharina der Großen, Alexander I. und Lenin auch Karl Marx (!) erscheint (S. 75)? Die willkürlichen Rückblicke auf den Zweiten Weltkrieg und Einzelerinnerungen an Kriegserlebnisse Dritter im Osten muten umso überflüssiger an, als dem 1931 geborenen Klein das Soldatenschicksal erspart geblieben ist. Im Anhang sind die Pressekonferenzen Kohls über seine Reise in Schelesnowodsk und in Bonn dokumentiert.

Persönliche Erinnerungen, Eindrücke und Erfahrungen aus den Jahren 1989 und 1990 enthält das Buch von *Claus J. Duisberg*,³⁰ damals Leiter des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt, dann Leiter der Dienststelle des Auswärtigen Amtes in Berlin und Beauftragter für den Abzug der russischen Truppen. Im Vordergrund seiner Schilderungen, die sich neben dem Erinnerungsfundus auch auf amtliche Aufzeichnungen und Vermerke des Autors stützen, stehen die innenpolitischen Herausforderungen des Vereinigungsprozesses, insbesondere beim Zustandekommen des Einigungsvertrages. Die Stärke dieses Zeitzeugenberichts liegt in der atmosphärisch dichten Schilderung der Abläufe auf der Administrationsebene der Politik. Dabei fällt auch manch kritischer Blick mit scharfen Charakterisierungen auf die politischen

29 Hans KLEIN, *Es begann im Kaukasus. Der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands*, Berlin 1991.

30 Claus J. DUISBERG, *Das deutsche Jahr. Einblicke in die Wiedervereinigung 1989/1990*, Berlin 2005.

Hauptakteure, zum Beispiel, wenn von Kohl behauptet wird, dass dieser seit der Volkskammerwahl alle (wie den Autor!), die sich bis dahin mit den Beziehungen zur DDR befasst hatten, vor allem die Ständige Vertretung in Ost-Berlin, unter den Generalverdacht gestellt hätte, noch in alten Kategorien zu denken. „Dass damit Sachverstand und Kenntnisse von den Verhältnissen in der DDR ungenutzt blieben, kümmerte Kohl wenig, weil er glaubte, in der neuen Lage davon ohnehin mehr zu verstehen.“ Oder wenn zur Überlastung der Systeme der sozialen Sicherheit angemerkt wird, dass der Kanzler trotz seiner gelegentlichen Klagen über den ‚Freizeitpark‘ Deutschland, seinem für Arbeit und Soziales zuständigen Minister doch freie Hand gelassen habe, um „die Fürsorge für den Einzelnen auf Kosten der Allgemeinheit immer weiter auszubauen“ (S. 312). Duisberg begründet das Tempo der Wiedervereinigung mit dem Hinweis, dass die „Tür zur Wiedervereinigung“ nicht unbegrenzt offen geblieben wäre, wie Änderungen im internationalen Umfeld hätten erkennen lassen. „Die Entscheidung, es überhaupt und dann rasch zu machen, war außen- und innenpolitisch richtig gewesen und bleibt das historische Verdienst der damaligen Bundesregierung unter Helmut Kohl.“ Danach aber sei, so Duisberg, „eine Lähmung“ eingetreten. Die Regierung habe sich und die Bevölkerung in der Illusion gewiegt, dass alles so weitergehen könne wie bisher. Gerade das aber sei nicht aufgegangen, „und hier versagte die Politik“. Auch Duisbergs Versuch einer psychologischen Erklärung von Kohls DDR-Verständnis verdient es, von der Historiographie aufgegriffen zu werden. Kohl hegte danach die Erwartung, die Währungsunion würde der Wirtschaft in der DDR rasch Wachstumsimpulse geben so wie der Übergang zur Marktwirtschaft 1948/49 in Westdeutschland. Als das nicht eingetreten sei, habe der Kanzler das nicht verstehen wollen. Kohl „besaß ein ungewöhnlich feines Empfinden für Stimmungen, er nahm Schwingungen und Gefühlsströmungen aus der Bevölkerung geradezu osmotisch auf; gegenüber den Menschen in der DDR jedoch versagte dieses Sensorium. Er glaubte sie zu kennen, und der Beifall, der ihm seit Dresden bei jedem Auftritt entgegenschlug, schien ihm zu bestätigen, dass er sie und sie ihn verstanden. Sein Verständnis aber war von Stereotypen geprägt, die ihm den Blick für manches in der Realität trübten. Er sah nur oder ganz überwiegend die unterdrückten, in Unfreiheit gehaltenen Menschen, deren sehnlichster Wunsch auf Wiedererlangung der Freiheit gerichtet war. So konnte er von der DDR und dem Leben dort auch nie reden, ohne ‚Mauer und Stacheldraht‘ als wesentliches Merkmal hervorzuheben. ... Kohl hatte deshalb auch kein rechtes Verständnis dafür, dass sich hinter ‚Mauer und Stacheldraht‘ eine Welt der kleinen Leute entwickelt hatte, die auf bescheidene Weise glücklich oder unglücklich waren wie andernorts auch ...“ Kohl habe die Wende in der DDR allzu sehr mit dem Neuanfang in der Bundesrepublik nach dem Kriege verglichen und daher erwartet, dass dort in ähnlicher Weise produktive Kräfte freigesetzt würden. Die Verheißung ‚blühender

Landschaften' sei deshalb für ihn auch kein leeres Versprechen gewesen, sondern Ausdruck ehrlicher Überzeugung.

Neben all denen, die sagen konnten, sie seien dabei gewesen, dürfen diejenigen Autoren nicht unbeachtet bleiben, die sich praktisch oder konzeptionell für die Einheit engagierten und ihre politische Erfahrung im Einigungsprozess einzubringen suchten. So hat *Kurt Biedenkopf* seine handschriftlichen Aufzeichnungen aus der Zeit zwischen dem 16. Juni 1989 (Tag der Regierungserklärung Kohls zum Gorbatschow-Besuch in der Bundesrepublik) und dem 8. November 1990 (Tag der Regierungserklärung Biedenkopfs als Ministerpräsident von Sachsen) für die Veröffentlichung bearbeitet.³¹ Die Abfolge der „Tagebucheintragungen“, in denen Notizen über das Tagesgeschehen mit Kommentaren und kleinen Erlebnissen am Rande gekonnt vermischt sind, schwankt zwischen täglich und mehrwöchig. Sie sollen die Botschaft vermitteln, dass dem Prozess der deutschen Einheit die meisten großen Probleme erspart geblieben wären, wenn jeder sich so aufgeschlossen und engagiert im Umbruch dieser Tage verhalten hätte wie der Autor. Biedenkopf präsentiert sich hier als ein von der Wucht der Umbruchereignisse ergriffener politischer Kopf, der sich der Herausforderung stellt, zum ordnungspolitischen Apostel der Ostdeutschen zu werden. Er zeigt sich stets auf der Höhe des Prozessablaufes, während vergleichsweise Kohl mehr als ein von der Entwicklung Vorangetriebener erscheint. Oder anders gesagt: Der Beobachter Biedenkopf liegt immer etwas richtiger und ist immer etwas weiter als der handelnde Kanzler Kohl. Dabei legt Biedenkopf merklich Wert darauf, seine persönlichen Vorbehalte gegen Kohl erkennen zu lassen. Unter dem 31. August 1989 (Massenflucht aus der DDR, erster demokratische Ministerpräsident in Polen, Unabhängigkeitsbestrebungen in den baltischen Republiken) vermerkt er: „Zu alldem gibt es in der CDU und ihrer Führung keine konstruktiven oder gar konzeptionellen Reaktionen ... Wir versinken immer tiefer im Provinzialismus. Es ist ein Jammer!“ Unter dem 12. Februar 1990 (Kohls Botschaft an die Deutschen über die Gespräche mit Gorbatschow) heißt es: „Die Art, wie Helmut Kohl. das Thema besetzt, schließt sie [die Deutschen] praktisch als aktiv Mitwirkende vom Prozess der Wiedervereinigung aus. Deshalb werden sie auch nicht willens sein, die Konsequenzen dieses historischen Vorgangs als Konsequenzen ihres eigenen Handelns zu begreifen. Sie werden vielmehr die Politik dafür verantwortlich machen, das heißt, Helmut Kohl.“ Biedenkopf selbst zählt sich zu denjenigen weitsichtigen Politikern, die die Zeichen der Zeit schon früh wahrgenommen hätten.

Als strenger Begutachter des Einigungsprozesses hat sich auch *Helmut Schmidt* hervorgetan, Kohls Vorgänger im Amt des Bundeskanzlers. Der Titel

31 Kurt BIEDENKOPF, *1989–1990. Ein deutsches Tagebuch*, Berlin 2000.

seines Buches³², das gesammelte Reden und Artikel zu Fragen der deutschen Einigung aus den Jahren 1989 bis 2004 enthält, ist subtil, besagt er doch, dass die Deutschen noch nicht am Ziel der Einheit sind, sondern sich auf dem Weg dahin befinden, für dessen Trassierung sich auch der Autor Verdienste zu-rechnet. Im Schlussessay erinnert er an das Wiedervereinigungsgutachten, das unter seinem Vorsitz 1959 für den Deutschland-Plan der SPD erarbeitet worden war. Das zentrale Kapitel (Februar 1993) benennt die „sieben Kardinalfehler der Wiedervereinigung“, deren enttäuschende Entwicklung, insbesondere beim Aufholprozess Ostdeutschlands, auf die „leichtfertige Unterschätzung der Vereinigungsaufgaben“ durch die Kohl-Regierung zurückgeführt wird. Schmidts *ceterum censeo* ist die Schuldzuweisung an Kohl, bei der ökonomischen Bewältigung der Einigungsprobleme versagt zu haben, mehr noch: durch seinen naiven Optimismus und seine illusionären Versprechungen ein „ökonomisches und soziales Debakel“ angerichtet zu haben. Nun weiß auch Schmidt, nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen aus seiner eigenen Amtszeit, dass das Ökonomische und das Politische so, wie er es um der kritischen Wirkung willen tut, nicht voneinander zu trennen sind. Seine Lieblingsvorstellung, dass seinerzeit mit den „richtigen“ ökonomischen Entscheidungen auf die Opferbereitschaft der Westdeutschen hätte gesetzt werden müssen, dass ein „Blut-, Schweiß- und Tränen“-Appell erfolgreich gewesen wäre, darf man getrost als nicht weniger naiv und illusionär einstufen.

Die historische Forschung, die Schmidt offenbar nicht zur Kenntnis nimmt (oder nicht zur Kenntnis nehmen will), hat vielmehr zeigen können, dass die Bundesregierung damals keineswegs so naiv und in Unkenntnis der Risiken ihrer Entscheidungen gehandelt hat, wie es oft hingestellt wird. Die Politik stand überhaupt nicht vor der Alternative von richtig oder falsch, sondern hatte zwischen verschiedenen Übeln zu wählen. In jedem Fall wären die ökonomischen und sozialen Folgen nachteilig, unberechenbar und fehlerträchtig gewesen.

Diesen Zusammenhang materialreich und klar herausgearbeitet zu haben, ist das Verdienst des Politikwissenschaftlers *Dieter Grosser* (München), der im zweiten Band der „Geschichte der deutschen Einheit“³³ die Entstehung und

32 Helmut SCHMIDT, *Auf dem Weg zur deutschen Einheit. Bilanz und Ausblick*, Hamburg 2005.

33 *Geschichte der deutschen Einheit*, 4 Bde., Stuttgart. Bd. 1: Karl-Rudolf KORTE, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989* (1998); Bd. 2: Dieter GROSSER, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln* (1998); Bd. 3: Wolfgang JÄGER, *Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90*, in Zusammenarbeit mit Michael WALTER (1998); Bd. 4: Werner WEIDENFELD, *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90*, mit Peter M. WAGNER und Elke BRUCK (1998).

den Start der Wirtschafts- und Währungsunion untersucht hat. Die Stärke seiner Studie liegt darin, dass sie den Entscheidungsprozess von der Bereitschaft der Bundesregierung zu bedingter Wirtschaftshilfe für die DDR 1989 bis zu den Schwierigkeiten beim Aufbau Ost nach 1990 nicht nur in seinen Etappen, sondern auch mit seinen jeweiligen Problemlagen, Lösungsvorschlägen und Kontroversen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems detailliert nachvollziehbar macht. Der Logik der Entwicklung folgend, setzt das Buch mit der Schilderung der ausweglosen Krise der DDR-Wirtschaft ein. Die DDR war ökonomisch am Ende, aber was dieser Tatbestand für weitreichende politische Konsequenzen haben könnte, wurde im Osten wie im Westen erst nach und nach realisiert. Angesichts der kollabierenden DDR-Strukturen, bei einer außenpolitischen Situation, in der die interessierten Mächte ein „Chaos“ befürchteten und von der Kohl-Regierung dessen Abwendung erwarteten, steuerten die deutsch-deutschen Verhandlungen schließlich auf die Stichtagslösung für eine Wirtschafts- und Währungsunion als einzige reale Möglichkeit zu, obwohl ein abgestuftes Vorgehen zweifellos ökonomisch vernünftiger gewesen wäre. Grosser vermag überzeugend darzulegen, dass die schweren wirtschaftlichen und sozialen Belastungen, die sich für die ostdeutsche Bevölkerung aus der Einheit ergaben, nur theoretisch zu umgehen waren. Die Möglichkeiten, den katastrophalen Rückgang von Warenproduktion, Gewerbe und Handel, die Massenarbeitslosigkeit und den „Tropf“ öffentlicher Transferleistungen aus dem Westen zu vermeiden, gab es allenfalls in ökonomischen Lehrbüchern, nicht aber in der politischen Praxis, die zudem auch noch von internationalen Rücksichten abhängig war. Es sei denn, man hätte die DDR oder das „Beitrittsgebiet“ auf unbestimmte Zeit unter „Quarantäne“ stellen können, als wirtschaftliches Sondergebiet, abgeschirmt durch eine administrative Mauer. Grosser zitiert hierzu Kurt Biedenkopfs trefflichen Satz: „Revolutionen kommen in Lehrbüchern nicht vor.“ Das heißt nicht, dass die oft benannten Fehler, die von der Politik beim Aufbau Ost gemacht wurden, in seiner Darstellung ausgespart werden. In dem mit der bezeichnenden Überschrift „Man hätte und man sollte“ versehenen Kapitel behandelt er die nachteiligen Auswirkungen des Restitutionsvorrangs bei Vermögensfragen (Rückgabe vor Entschädigung), die Fehleinschätzungen hinsichtlich der Investitionsbereitschaft der westdeutschen Wirtschaft, den Verzicht auf Strukturanpassungsmaßnahmen sowie als „schlimmstes Hemmnis für private Investitionen“ die rasche Annäherung an das westdeutsche Lohnniveau. Auch die Konstruktionsfehler der öffentlichen Finanzierung der Einheit werden diskutiert. Bei der ausführlichen Analyse der Notlösungen und Fehler wird aber auch deutlich, dass die Verantwortlichen nicht aus politischer Leichtfertigkeit oder ökonomischer Unbedarftheit, sondern aus wohlwollenden Gründen handelten. Dem Historiker sind Ereignisse von schicksalhafter Dynamik, in denen die politischen Entscheidungsinstanzen stets nur „Fehler“ machen können, nicht

fremd. Diese Fehler kann man hernach zwar als Experte rot anstreichen, aber damit ist historisch gar nichts erklärt.

Im ersten Band der „Geschichte der deutschen Einheit“ hat der Politikwissenschaftler *Karl-Rudolf Korte* (Duisburg-Essen) das deutschlandpolitische Regierungshandeln Helmut Kohls von 1982 bis zum Entscheidungsjahr 1989 unter dem Aspekt der Macht beschrieben. Seine Darstellung will zugleich einen „Beitrag zur Regierungslehre“ leisten, indem auch der besondere Regierungsstil des Bundeskanzlers, das „System Kohl“, analysiert wird. Diese doppelte, auf die Deutschlandpolitik und auf die „Kunst des Machterhalts“ bezogene Fragestellung ist dem Buch nicht zum Vorteil ausgeschlagen. Der zwiespältige Eindruck bei der Lektüre wird dadurch verstärkt, dass nach jedem Kapitel politikwissenschaftlich-akademisch „zusammenfassende Ergebnisse zum Regierungshandeln“ aufgeführt und zur Machtfrage in Beziehung gesetzt werden, so als wären Machterwerb und Machtsicherung eine Spezialität des Kanzlers Kohl gewesen. Am Schluss heißt es, dass „der Stellenwert der Deutschlandpolitik für Kohl schwankte. Manchmal brauchte er sie mehr, manchmal weniger, um seine Macht zu erhalten und zu festigen.“ Ja, so war es wohl – mehr oder weniger. Mit diesen kritischen Bemerkungen soll allerdings die grundsätzliche Qualität der profunden Untersuchung Kortes nicht infrage gestellt werden. Korte gelingt es, an den Entscheidungsstrukturen und -prozessen aufs Genaueste zu zeigen, dass Kohl sich bis zu seinem 10-Punkte-Programm bei prinzipiellem Festhalten am Wiedervereinigungsziel in der deutschen Frage weitgehend offen verhielt. Weder legte er sich auf eine bestimmte operative Deutschlandpolitik fest, noch besaß er für die deutsch/deutschen Kooperationsfelder konkrete langfristige Konzepte. Deutschlandpolitische Kontinuität und Bestehen auf dem Zusammenhalt der Nation verbanden sich in seiner Politik mit Akzentuierung der normativen Abgrenzung zur DDR und mit pragmatischer Prioritätensetzung, die sich in der Konzentration auf Erreichung menschlicher Erleichterungen, auf Familienzusammenführung, Reiseverkehr und Kulturkontakte äußerte. Es wird auch deutlich, dass das Kanzleramt mit seiner Mitte, dem Bundeskanzler, das deutschlandpolitische Entscheidungszentrum war, und zwar in einem exklusiven Sinn, weil Kohl es durch seinen Regierungsstil schaffte, Einflüsse von Außenminister Genscher oder dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß wie auch von Parteigrößen der CDU, die auf Aktivierung bzw. Relativierung der Deutschlandpolitik drängten, einzuschränken oder einzubinden. Die Kapitel über die Einbindung von Strauß und über den Honecker-Besuch 1987 sind exemplarische Studien über Kohls Politikstil, zu dem auch – man glaubt es kaum! – das Wort gehört habe, wie Korte durch Analysen von Reden des Kanzlers dartun kann (etwa der Berichte zur Lage der Nation im geteilten Deutschland). Kohls deutschlandpolitisches Erfolgsgeheimnis lag nicht zuletzt in seiner Geduld begründet, mit der er angesichts des großen Ziels darauf ach-

tete, den Weg dahin nicht zu verstellen, nicht durch immer neues Agieren sich den Spielraum des Reagierens einzuengen. Kohl besaß die staatsmännische Tugend des Abwartenkönnens, die ihn die Chance erkennen ließ, als sie sich bot. Auch das ist dem Buch von Korte zu entnehmen.

Vom selben Autor stammt auch ein gegen die Legenden der Einheitsgeschichte gerichteter Gesamtüberblick über die Politik und den Prozess der Einigung.³⁴ In gedrängter, doch sorgsam differenzierender Argumentation bekommt man darin die Rahmenbedingungen des Umbruchs von 1989/90, die Ursachen des Endes der DDR und die Stationen auf dem Weg zur Einigung bis zur Ratifizierung des Vertrages vom 31. August 1990 vorgestellt. Die Antwort auf die im Buchtitel gestellte Frage fällt positiv aus: Die Politik hat ihre Chance genutzt. Sie war keineswegs fehlerlos, aber „geschickt angesichts des enormen Zeitdrucks“, der vom Volk ausging. Zentrale Fragen, die auch weiterhin die wissenschaftliche Debatte über die Wiederherstellung der deutschen Einheit beschäftigen werden, finden sich in diesem – auch wegen der detaillierten Zeittafel und der reichen Auswahlbibliographie – als Einführung in die Thematik zu empfehlenden Bändchen kompetent aufgegriffen und andiskutiert.

Den dritten Band der „Geschichte der deutschen Einheit“ hat der Freiburger Politikwissenschaftler *Wolfgang Jäger* verfasst. Er schildert eingehend die Transformationsprozesse des politischen, administrativen und gesellschaftlichen Systems der DDR im Einigungsjahr 1989/90. Transformation heißt für ihn „Demokratisierung und Anpassung an die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland“. Besondere Aufmerksamkeit widmet er dabei den politischen Parteien und Massenorganisationen der DDR sowie den Wahlen für die erste freie Volkskammer und die Gebietskörperschaften (Gemeindevertretungen). Das Schlusskapitel behandelt die deutsch-deutschen Verhandlungen zum Einigungsvertrag, der als „Gesellschaftsvertrag“ gedeutet wird. Die Fachkritik hat an seiner Darstellung bemängelt, dass sie zu stark vom westdeutschen Blickwinkel bestimmt sei, dass sie von den „Weichenstellungen im Bundeskanzleramt“ her ausgehe, kurz, dass sie „Kohl-lastig“ sei und die dramatischen Vorgänge in der DDR und ihrer Bevölkerung, die Implosion des SED-Systems und die friedliche Revolution, als entscheidende Bedingung der Möglichkeit aller weiteren, zur Einheit führenden Ereignisse vernachlässigt habe. Das mag sicher zutreffen – einerseits. Andererseits muss man doch auch bei aller Würdigung des Engagements vieler DDR-Bürger für die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft anerkennen, dass Expertise und Kompetenz für die Transformation eindeutig im Westen lagen. Mit „Runden Tischen“ ist ein modernes Staatswesen nicht zu regieren. So

34 Karl-Rudolf KORTE, *Die Chance genutzt? Die Politik zur Einheit Deutschlands* (unter Mitarbeit von Jürgen GROS und Thomas LILLIG), Frankfurt/M. 1994.

schwer es ehemaligen DDR-Bürgern fällt, das zuzugeben, und gewissermaßen ist es tragisch zu nennen: Die DDR hatte ebenso wenig wie die anderen von ihren Regimen politisch, wirtschaftlich und moralisch ausgeplünderten kommunistischen Diktaturen Osteuropas dem politisch-administrativen System der westlichen Demokratie mit seinen ausgefeilten und vielfach bewährten Institutionen, Rechtsnormen und ordnungspolitischen Instrumentarien absolut nichts an die Seite zu stellen. Diesen Sachverhalt klar dargelegt zu haben, ist ein Vorzug des Buches von Jäger.

Werner Weidenfeld, Politikwissenschaftler an der Ludwig-Maximilians-Universität München, beschließt mit seiner sorgfältigen Auseinanderfaltung des außenpolitischen Prozesses der deutschen Einigung das vierbändige Geschichtswerk zur deutschen Einheit. Er verdeutlicht zunächst, dass der unerwartete Fall der Berliner Mauer für die große Politik einen Moment des Alles-ist-möglich erzeugte. In dem Klima der Unsicherheit, des Unvorbereitetseins und des vorsichtigen Abwartens, das allgemein entstand, waren Improvisation und unkonventionelles Vorgehen wichtiger als die Routine der Diplomaten. Mit dieser Situation kam Bundeskanzler Kohl besser zurecht als Außenminister Genscher. Auch die Amerikaner der Bush-Administration wussten sich auf die neue Sachlage schneller einzustellen als die Sowjets, die von den Ereignissen sozusagen auf dem falschen Fuß erwischt wurden. Kein Wunder deshalb auch, dass sich Kohl und Bush sehr bald hinsichtlich der außenpolitischen Grundlinien in der Deutschlandfrage zum „Schulterschluss“ finden konnten. Drei wesentliche Erkenntnisse schälen sich aus dem auf eine überwältigende Materialfülle gestützten Werk heraus: erstens, dass der Prozess der deutschen Einheit außenpolitisch keineswegs einem Automatismus folgte, sondern sein Ausgang bis in die 2+4-Verhandlungen hinein offen war; zweitens, dass der Erfolg wohl gerade deshalb so rasch möglich wurde, weil in den Außenministerien der betroffenen Mächte keine Pläne und Lösungswege für diesen „Ernstfall“ existierten, und dass drittens das persönliche Vertrauenskapital, das Bundeskanzler Kohl in Ost und West seit seinem Amtsantritt 1982 angesammelt hatte, sich an den kritischen Knotenpunkten bei der Überwindung von Widerständen und Vorbehalten auszahlte. Weidenfeld versteht es, das dichte Handlungs- und Verhandlungsgeflecht in seinen bilateralen, europäischen und weltpolitischen Verschlingungen und Rahmenbedingungen detailliert nachzuzeichnen. Dafür ist freilich in Kauf zu nehmen, dass der Duktus der Darstellung durchwegs referierend und beschreibend, allenfalls kommentierend ist und tiefer gehende Analysen kaum angeboten werden. Ob im Übrigen die Wissenschaft mit gazettenhaft frisierten Kapitelüberschriften wie „Zwischen allen Stühlen“, „Der Widerspenstigen Zähmung“, „Tandem außer Tritt“, „Hochspannung bis zuletzt“, „Überall ist Oggersheim ...“ für sich werben kann, sei dahingestellt.

Abschließend noch ein Wort zum Gesamtwerk, bei dessen Bänden es sich ja um Auftragsarbeiten handelt. Die Bundesregierung ermöglichte den Autoren mit Sondergenehmigungen einen privilegierten Zugang zu Aktenbeständen, die anderen Forschern zumindest noch bis zum Ablauf der archivischen Sperrfrist verschlossen bleiben (Bundeskanzleramt, Bundesministerien des Innern, der Finanzen und für innerdeutsche Beziehungen). Dieser Vorzug einer qualitativ überzeugenden, umfassenden Quellengrundlage – Anmerkungsapparate zwischen 50 und 200 Seiten! – geht allerdings mit dem Nachteil einher, dass ein halbamtlicher Charakter der Publikation nicht ganz ausgeschlossen werden kann. Dem Historiker drängt sich unwillkürlich die Analogie zu Heinrich von Sybels „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.“ (1894) auf. Es ist zwar höchst unwahrscheinlich, dass Kohl bei den Bänden der „Geschichte der deutschen Einheit“ wie einst Bismarck bei Sybels Werk die Korrekturen mitgelesen hat, und Forscherindividualität und Wissenschaftsverständnis der vier Verfasser mögen auch Garanten für politische Unabhängigkeit sein, aber es bleiben bei solcher Quellenbegünstigung doch immer Vorbehaltsreste bestehen, solange nicht das gelieferte „sehr viel umfassendere und präzisere Bild des deutschen Vereinigungsprozesses“ (W. Weidenfeld) intersubjektiv überprüft und damit zumutbar diskutiert werden kann. Gleichwohl liegt mit diesem groß angelegten Opus ein Standardwerk zur deutschen Einheitsgeschichte vor, an dem sich jede andere Darstellung oder Deutung messen lassen muss. Mit ihm symbiontisch erschien eine umfängliche Quellenedition von Dokumenten aus dem Bundeskanzleramt zur Wiedervereinigungspolitik 1989/90.³⁵ Eine Zusammenstellung der wichtigsten Rechtsakte, Erklärungen und Entwürfe zur Dokumentation des Einheitsprozesses hat *Ingo von Münch* besorgt.³⁶

Als Pflichtlektüre für jeden, der sich mit dem Ende der DDR und dem Einigungsgeschehen von 1989/90, sei es wissenschaftlich, sei es aus historisch-politischem Interesse, näher befasst, ist das Buch des in den USA lehrenden Historikers (Chapel Hill, N.C.) *Konrad H. Jarausch* über die „unverhoffte Einheit“ hervorzuheben.³⁷ Fokussiert auf die ostdeutsche Bevölkerung, das

35 *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90* (Dokumente zur Deutschlandpolitik), bearb. von Hanns Jürgen KÜSTERS und Daniel HOFMANN, München 1998.

36 Ingo von MÜNCH (Hg.), unter Mitarbeit und mit einer Einführung von Günter HOOG, *Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Quellentexte zum Prozess der Wiedervereinigung von der Ausreisewelle aus der DDR über Ungarn, die CSSR und Polen im Spätsommer 1989 bis zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990*, Stuttgart 1992. – Zu beiden Quellenwerken der Vereinigungsgeschichte vgl. *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Erster Teil*, in: HPM 14 (2007), S. 406f.

37 Konrad H. JARAUSCH, *Die unverhoffte Einheit 1989–1990*, Hamburg 1995.

„Volk“ der DDR, und auf ihren demokratischen Aufbruch, stellt es in gewissem Sinn das Gegenstück oder doch zumindest die notwendige Ergänzung zu dem oben angezeigten Band von Jäger dar. Der Autor, ein exzellenter Kenner der deutschen Nachkriegszeit, insbesondere der DDR-Geschichte,³⁸ trägt mit seiner Belichtung des Einheitsgeschehens aus transatlantischer Distanz dazu bei, „deutsche Aufgeregtheiten“ und politisch bedingte Versionen bei der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung zu relativieren. Das Bild, das er in einem Bogenschluss von der alles auslösenden Massenflucht von DDR-Bürgern über die Stationen des raschen Beitritts bis zur „post-kommunistischen Transformation“ in Ostdeutschland mit ihren heftigen gesellschaftlichen Verteilungskämpfen entwirft, besticht durch eine informative Faktenpräsentation und eine eng an Fragen der Forschung heranführende Argumentation. Auch die „Vereinigungskrise“ nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit und das Identitätsdilemma des vereinigten Deutschland werden diskutiert. Wenn in dem lehrreichen Eingangskapitel die Geschichte als Konstrukt bezeichnet wird, das aus einem längeren diskursiven Prozess hervorgehe, hat der Autor diesen Historisierungsdiskurs mit seinem Buch selbst eröffnen helfen.

Dass der Blick von außen für die nationale Zeitgeschichtsschreibung förderlich im Sinne wissenschaftlicher Objektivierung und Orientierung ist, weil er zur öffentlichen Erinnerungskultur unbefangenen Abstand halten kann und Sprachkonventionen nicht zu beachten braucht, lässt sich auch an den Veröffentlichungen des britischen Historikers und Publizisten *Timothy Garton Ash* zeigen.³⁹ Er stellt das Problem der deutschen Teilung und Einigung in den Gesamtzusammenhang der europäischen Nachkriegsordnung im Kalten Krieg zwischen West und Ost. Die deutsche Frage beschreibt er als Mittelpunkt der europäischen Frage, beide in funktionaler Interdependenz miteinander verbunden. Als Schlüssel zur Geschichte des „geteilten Kontinents“ dient ihm die deutsche „Ostpolitik“, die er – mit dem Mut zur Lücke und zur Pointierung – von Adenauer über Brandt zu Kohl in ihren Windungen und Wenden verfolgt. Dabei verhehlt er nicht seine Sympathie für Willy Brandt, den, wie er meint, als historische Figur neben Adenauer „ein Hauch von Größe“ umgibt. Helmut Kohl wird als „archetypischer ‚Westler‘“ charakterisiert. Seine Ostpolitik sei geprägt gewesen durch Akzeptanz der sozial-liberalen Grundrichtung, aber auf der „Basis einer uneingeschränkten Westbindung, Verpflichtung auf die Europäische Union und das langfristige Ziel der deutschen Einheit“. Die Kohl-Regierung habe die Außenpolitik der zentralen Dreiecksbeziehun-

38 Jarausch war von 1994 bis 2008 Ko-Direktor des Potsdamer Zentrums für zeithistorische Forschung; von seinen Veröffentlichungen ist hier auch erwähnenswert: *Uniting Germany: documents and debates, 1944–1993*, Oxford 1994 (gemeinsam mit Volker GRANSOW).

39 Timothy GARTON ASH, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München 1993; DERS., *1989 und die Folgen*, Frankfurt/M. 2000.

gen zwischen Bonn, Moskau und Berlin innerhalb des größeren Dreiecks Amerika-Europa-Sowjetunion weiterentwickelt und zum Erfolg geführt. Ein Erfolg, der freilich, wie der Autor ausführt, dem von allen Bonner Regierungen seit 1969 vollbrachten Balanceakt zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, zwischen Washington und Moskau, zwischen West- und Osteuropa, zwischen dem Erhalt der vorteilhaften und der Veränderung der unvorteilhaften Komponenten des Status quo verdankt wird. Die Schlussfrage nach der Rolle des vereinigten Deutschlands im neuen Europa wird mit „Skepsis und Hoffnung“ beantwortet. Dabei wird an das Diktum Napoleons erinnert, Deutschlands Zustand sei das Werden, nicht das Sein. Man merkt diesen geschichtlichen Betrachtungen an ihren vielen Zitaten und assoziativen Gedankensprüngen an, dass sie eilig fabriziert worden sind, aber das ist auch ein Markenzeichen des Autors.

Wie aus amerikanischer Sicht das Ende des Kalten Krieges und die Rolle der deutschen Frage im Umbruchprozess 1989/90 beurteilt werden, erfährt man aus dem Buch von *Condoleeza Rice* und *Philip Zelikow*.⁴⁰ Die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und die Wiedervereinigung Deutschlands werden im Kern auf das Zusammenwirken von drei Faktoren zurückgeführt: erstens auf die Reformpolitik Gorbatschows, mit der – ohne dass dieser eine solche Entwicklung wollte – zugleich die Grundlagen des sowjetischen Herrschaftssystem zersetzt wurden, zweitens auf die Politik der Bush-Administration, die mit Führungswillen das strategische Ziel verfolgte, die Teilung Europas bei gleichzeitiger Stärkung des westlichen Zusammenhalts zu beenden und sich deshalb früh auf die Unterstützung der deutschen Einigung festlegte und drittens auf den Scharfblick von Helmut Kohl für den richtigen Zeitpunkt und das daraus folgende „Vorwärtsstürmen“ des Kanzlers. Der Erfolg der westlichen Politik erscheint nach dieser Darstellung vor allem als Frucht des Zusammenspiels zwischen der Bundesregierung und der Bush-Administration, insbesondere des engen Einvernehmens zwischen den Hauptakteuren Bush und Kohl. Die westdeutsche Ostpolitik habe sich ab August 1989 insofern geändert, als Kohl immer mehr den ökonomischen Hebel einsetzte, um in der in Aufruhr geratenen DDR umwälzende Veränderungen zu erzwingen. Auch durch nachdrücklichen Einsatz für die Flüchtlinge und Asylsuchenden sollte die DDR-Führung dazu bewogen werden, politische und wirtschaftliche Reformen vorzunehmen. Von Ende April 1990 an, als die deutsch-französische Initiative zur Europäischen Union die Atmosphäre in Westeuropa verbessert hatte und die Ziele der 2+4-Verhandlungen abgesteckt waren, kam es zu einer Art „Arbeitsteilung“ zwischen Washington und Bonn: Die Amerikaner kon-

40 Philip ZELIKOW/Condoleeza RICE: *Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas*, Berlin 1997 (amerik. Original: *Germany Unified and Europe Transformed*, Cambridge, MA 1995).

zentrierten sich auf die Anpassung der NATO-Zielsetzung und die Weiterentwicklung der KSZE, die Deutschen auf den Mechanismus der inneren Vereinigung, insbesondere auf die wirtschaftliche und finanzielle Eingliederung Ostdeutschlands. Die besondere Rolle von Kohl sehen die beiden Amerikaner darin, „dass er derjenige war, der den latenten Drang zur Einheit bei den Ostdeutschen wahrnahm und dem es gelang, dieses Verlangen zu einer Kraft zu formen, die nicht ignoriert werden konnte“. Im Mittelpunkt der Geschichte um die deutsche Einheit habe nicht so sehr die Vision des Kanzlers, sondern „sein exzellentes Gespür für die Gefühle der Menschen“ gestanden.

Die sowjetisch-russische Sicht auf die internationalen Aspekte der deutschen Wiedervereinigung hat *Nikolai Pawlow*, Professor für Zeitgeschichte in Moskau, der seine Ausbildung in der Diplomatenschule des Außenministeriums der UdSSR erfahren hat, spezifiziert.⁴¹ Sein Anliegen ist es, die „Fakten und Ereignisse und ihre Bestandteile und Zutaten“ des deutschen Vereinigungsprozesses zusammenzustellen und damit „objektiv“ zu zeigen, wie es wirklich war. Historische Retrospektiven auf die 80er Jahre diesseits und jenseits der Mauer und auf die sowjetische Politik in der deutschen Frage behandeln die Vorgeschichte des „Zuges der deutschen Einheit“, dessen Fahrt durch die 2+4-Verhandlungen in der Perspektive der sowjetischen Diplomatie bis zum glückliche Finale, in das auch persönliches Erleben eingearbeitet ist, nachgezeichnet wird. Ein Blick in die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen schließt die Darstellung, in der Wert darauf gelegt worden ist, der sowjetischen Seite gleichsam das Erstgeburtsrecht an der Vereinigung Deutschlands zuzuerkennen. Auch die Verknüpfung der deutschen Einheit mit dem gesamteuropäischen Prozess („gemeinsames Haus“) wird als zentrale Zielvorstellung der Politik Gorbatschows und Schewardnadses herausgestrichen. Der Eindruck, den er – unter dem Einfluss der Perestroika – bei einem Besuch in Ost-Berlin von den Verhältnissen kurz vor der friedlichen Revolution empfing, sollte jeder „Ostalgie“ Lust und Laune verderben: „Das, was noch bis vor kurzem für uns typisch gewesen war und was wir mit Mühe aus uns herausgepresst hatten ..., wucherte als üppige Blüte in der DDR weiter. Dieselbe freiwillige Sklaverei und Speichelleckerei, die Liebedienerei und gleichzeitig die Korruption, die Willkür und das geistige Elend. So konnte man nicht weiterleben.“

Die Reaktionen auf die deutsche Vereinigung in der öffentlichen Meinung außerhalb Deutschlands hat *Ines Lehmann* in einem vierbändigen Werk⁴² an-

41 Nikolai PAWLOW, *Die deutsche Vereinigung aus sowjet-russischer Perspektive. Ein Bericht zur Lösung der deutschen Frage, versehen mit Kommentaren und historischen Rückblicken*, Frankfurt/M. 1996.

42 Ines LEHMANN, *Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse*, Bd. 1: *Vereinigte Staaten, Großbritannien und Frankreich*; Bd. 2: *Dänemark, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Österreich, Schweiz*,

hand von Leitartikeln und Pressekommentaren zusammengestellt. Für jedes Land werden einleitend zudem die Deutschlandpolitik und die Einstellung der Bevölkerung skizziert, allerdings ohne tiefer reichende Analyse. Die Dokumentation ist weniger eine Quellensammlung, die sich der Forschung zur Auswertung anbietet, als ein vielseitiger Korpus von Argumentations- und Sichtweisen, die auf kritische Punkte aufmerksam machen und zu Fragestellungen anregen.

In der Epoche des Kalten Krieges sah sich jede aktive Wiedervereinigungspolitik stets dem Dilemma gegenüber, dass die deutsche Teilung den Status quo zwischen West und Ost stabilisierte, auf dem die Sicherheitsstruktur in Europa aufbaute. Dieses dialektische Spannungsverhältnis zwischen Außen- und Deutschlandpolitik hat der Politikwissenschaftler *Matthias Zimmer* für die Jahre von 1982 bis 1989 analysiert.⁴³ Er unterscheidet drei Phasen der Deutschlandpolitik der Regierung Kohl: in der ersten, die vom Amtsantritt der Regierung bis zum entspannungspolitischen Kurswechsel Gorbatschows reichte und im Zeichen des Konflikts um die westliche Nachrüstung stand, ging es vor allem darum, die deutsch-deutschen Beziehungen aus der Ost-West-Konfrontation herauszuhalten; in der zweiten – bis zum Honecker-Besuch 1987 – eröffnete sich, synchron zur Entspannung im Ost-West-Verhältnis, die Perspektive, die deutsch-deutsche „Verantwortungsgemeinschaft“ mit „konkreten Inhalten füllen“ zu können (Kulturabkommen, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Städtepartnerschaften usw.); in der dritten – bis zum Sturz Honeckers – ergaben sich für die Deutschlandpolitik neue Handlungsspielräume, auch im Sinne der Überwindung des Status quo. Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl sei auf „Wandel durch Einwirkung, nicht aber auf die Wiedervereinigung“ gerichtet gewesen, habe aber im Ansatz eine solche Möglichkeit eingeschlossen, zumal in CDU und CSU die „konservative Gruppe“ an der Zielperspektive eines deutschen Einheitsstaates festgehalten habe. Der Verfasser kommt unter anderem zu dem Schluss, dass diese „deutschlandpolitische konzeptuelle Disparität“ im Unionslager für die

Italien, Portugal, Spanien und jüdische Reaktionen; Bd. 3: *Politik, Medien und öffentliche Meinung in der Sowjetunion*; Bd. 4: *Polen und Tschechoslowakei*, Frankfurt/M. 1996, 1997, 2001, 2004.

43 Matthias ZIMMER, *Nationales Interesse und Staatsräson. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982–1989*, Paderborn 1992. – Zur Diskussion heranzuziehen: Manuela GLAAB, *Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren – die Ära Kohl*, in: *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, hg. von Rainer EPELMANN, Bernd FAULENBACH, Ulrich MÄHLERT im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Paderborn 2003, S. 346–352. Auf eine russische Studie kann hier nur verwiesen werden: Boris Walentinowitsch PETELIN, *Germanskaja politika Kanclera Gelmuta Kola 1982–1990* (= Deutschlandpolitik des Kanzlers Helmut Kohl 1982–1990), Wologda: Staatliche Pädagogische Univ. 2004.

Deutschlandpolitik der Regierung Kohl „die größte Belastung und Herausforderung“ dargestellt habe. Dass die präsentierten, durchaus interessanten Untersuchungsergebnisse nur in einem vagen Verhältnis zu dem aufgespannten theoretischen Rahmen stehen, teilt diese Studie leider mit anderen politikwissenschaftlichen Arbeiten.

Wie die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl aus heutiger Sicht – 20 Jahre später – zu bewerten sei, war das Thema der diesjährigen Tagung der Reihe „Die Ära Kohl im Gespräch“, über deren Ergebnisse dieses Heft ab S. 291 eingehend informiert.

Den dramatischen Höhepunkt der Deutschlandpolitik, mit dem sie ihr erklärtes Ziel erreichte, behandelt die Marburger politikwissenschaftliche Dissertation von *Markus Driftmann*⁴⁴. Seine Studie rekonstruiert den im Bundeskanzleramt zentrierten deutschlandpolitischen Entscheidungsprozeß vom Beginn des Jahrs 1989 bis Anfang Februar 1990 Szene für Szene, Akt für Akt in acht Perioden, denen immer das gleiche Schema („Untersuchungsdesign“) zugrunde gelegt ist: Einer Situationsbeschreibung mit der Analyse der Rahmenbedingungen, Perspektiven und zu erwartenden Handlungsalternativen folgt der „Blick auf die Empirie“ der tatsächlichen Ereignisse und Entscheidungen, um dann aus der Gegeneinanderhaltung der empirischen Erkenntnisse die Stationen des deutschlandpolitischen Wandels zu bestimmen und jeweils „die Angemessenheit der Regierungspolitik im Einigungsprozess zu bewerten“. Der Vergleich mit einem Sachverständigengutachten zum Beweisgegenstand Deutschlandpolitik drängt sich auf. Die Feststellungen, die als Untersuchungsergebnis getroffen werden, erhärten den bisherigen Forschungsstand: Der Wandel der Bonner Deutschlandpolitik 1989/90 habe sich „als schrittweise und je nach Feld (innerdeutsch, international, innenpolitisch) unterschiedliche Abfolge strategischer Modifikationen“ vollzogen, die „durchaus als Wandel in eine offensive Vereinigungspolitik“ zu verstehen seien. Dieser deutschlandpolitische Wandel sei „in hohem Maße“ eine Funktion sich verändernder Rahmenbedingungen gewesen. Die Deutschlandpolitik sei „weitestgehend“ Politik des Kanzleramts gewesen, sie sei allerdings den Umbrüchen in der DDR mehr kanalisierend und konsolidierend gefolgt. „Sie hat Widerstände ausgeräumt und die Einheit als realisierbare Option vorgestellt.“ Die Konzentration der Untersuchung auf das innerdeutsche Geschehen vernachlässigt die internationalen Implikationen der Deutschlandpolitik. Die Reduktion der „internationalen Deutschlandpolitik“ auf die Durchsetzung der Akzeptanz (ost)deutscher Selbstbestimmung und Einheitsvorstellungen ist als unangemessen zu bezeichnen.

44 Markus DRIFTMANN, *Die Bonner Deutschlandpolitik 1989/90. Eine Analyse der deutschlandpolitischen Entscheidungsprozesse angesichts des Zerfalls der DDR*, Münster 2005.

Eine selbst geringen wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügende Schrift über den „Kanzler der Einheit“ hat der Bonner Publizist *Karl Hugo Pruys*, der von 1974–1977 Parteisprecher beim Bundesvorstand der CDU gewesen war und eine Kohl-Biographie geschrieben hat, verfasst.⁴⁵ Von den 136 Seiten (30 Zeilen à 50 Anschläge!) entfallen 55 auf den Anhang (Reden und Erklärungen Kohls, Protokoll des Telefongesprächs Kohl/Krenz vom 11. November 1989, 11-zeiliger Brief von Karl Otto Pöhl, geheime Information von Schalck-Golodkowski über die Zahlungsbilanz der DDR), fünfzehn auf Titelei, Inhaltsverzeichnis und Vorwort „in eigener Sache“. Abzurechnen sind auch noch viele Wiederholungen und lange Zitate (insgesamt mindestens sieben Seiten), so dass am Ende von der „kleinen Schrift“, in der die erprobten Mittel diffamierender Darstellung (Fragen statt Fakten, affirmative Bekräftigungen, Abwertungen a priori) geradezu schulmäßig exerziert werden, keine Substanz übrig bleibt. Neben Memoiren, Reden, Parteiprogrammen bezieht sich Pruys vornehmlich auf dubiose Zeugnisse von „Gewährsmännern“, die ihm brieflich oder mündlich Angaben und Mitteilungen zur deutschlandpolitischen Haltung Kohls gemacht haben sollen. Die Hauptthese lautet: Kohl „wollte die deutsche Einheit – nicht! Er glaubte sie fürchten zu müssen, weil sie womöglich Gefahr für seine politische Führungsrolle bedeutete.“ (S. 15) Wie unsinnig die These von Pruys ist, geht allein schon daraus hervor, dass in seinem Text weder Mitterrand und Europa noch Thatcher, noch Reagan (Berlinbesuch 1987) und die amerikanisch-sowjetische Entspannungspolitik vorkommen.

Jeglicher Seriosität entbehrt auch der „Polit-Krimi“ des Journalisten *Ferdinand Kroh*, der das Ende des Kalten Krieges und die deutsche Wiedervereinigung im Reportagestil als konspiratives Gemeinschaftswerk der amerikanischen und sowjetischen Geheimdienste zu enthüllen versucht.⁴⁶ Dabei sei auch zu Tage getreten, dass Helmut Kohl gar nicht für die deutsche Einheit gewesen wäre, sondern sich im Gegenteil allen Signalen in dieser Richtung verschlossen hätte, so dass schließlich die Fluchtbewegungen aus der DDR und die Botschaftsbesetzungen hätten inszeniert werden müssen. Und die RAF und die Stasi und die arabischen Terroristen seien irgendwie auch mitverwickelt gewesen, ja auch die Mordfälle Braunmühl, Herrhausen und Rohwedder hätten mit dem allen irgendwie zu tun gehabt ... Das ist wenig mehr als Wahrsagerei, die ähnlich der Werbung für Geheimmittel gegen Krankheiten auf Prellerei eines leichtgläubigen Publikums ausgeht.

Das außenpolitische Regierungshandeln Bundeskanzler Kohls hat der Politikwissenschaftler *Stefan Fröhlich* (Bonn/Erlangen-Nürnberg) vor allem auf-

45 Karl Hugo PRUYS, *Helmut Kohl. Der Mythos vom Kanzler der Einheit*, Berlin 2004 ; vgl. zu seiner 1995 erschienen Kohl-Biographie HPM 14 (2007), S. 398.

46 Ferdinand KROH, *Wendemanöver. Die geheimen Wege zur Wiedervereinigung*, München 2005.

grund von „Hintergrundgesprächen“ mit politischen Akteuren der Leitungs- und Arbeitsebene des Bundeskanzleramtes und der einschlägigen Ressorts untersucht.⁴⁷ Sein Interesse gilt nicht nur der Außenpolitik der Ära Kohl überhaupt und ihrem Zusammenhang mit den internationalen Entwicklungen, sondern auch den besonderen außenpolitischen Akzentsetzungen des Bundeskanzlers. Dazu werden die Organisation und Arbeitsweise des Bundeskanzleramtes im außenpolitischen Entscheidungsprozess sowie der „kanzlerdemokratische“ Regierungsstil Kohls im Verhältnis zur Partei, Bundestagsfraktion und Koalition, aber auch die außenpolitische „Kanzlermacht“ auf den Politikfeldern Rüstungskontrolle, europäische Integration und deutsche Frage eingehend beschrieben. Es wird herausgestellt, dass Kohl hier vom Beginn seiner Kanzlerschaft an die außenpolitische Führungsrolle wahrnahm. Dabei habe ihm insbesondere die Zunahme der internationalen „Gipfeltreffen“ (Europäischer Rat, NATO, G7-Treffen) geholfen. Der Autor betont, dass Entspannungs-, Europa- und Deutschlandpolitik „als drei interdependente (außen)politische Felder“ gesehen werden müssen, die wechselseitig aufeinander einwirkten. Die außenpolitische Kompetenz, die das Kanzleramt vom Beginn der Amtszeit Kohls an für sich beanspruchte, machte dieser durch seine Präsenz auf dem internationalen Parkett deutlich. Die vom Kanzleramt perfekt inszenierte und betriebene Gipfeldiplomatie rückte ihn in den Mittelpunkt einer extrem personalisierten und visualisierten Außenpolitik, was seinem persönlich geprägten und personenzentrierten Regierungsstil entsprach. Auf außenpolitischem Terrain erwies er sich als zielstrebig Initiator mit Intuition und Machtgespür, während er in der Innenpolitik zeitweise als großer Zauderer mit wenig Mut und Willen zur Veränderung agierte. War der Erfolg der Einheit „des Kanzlers Verdienst oder glückliche Fügung“? Der Autor legt überzeugend dar, dass sich zwar die strukturellen Rahmenbedingungen Ende der 80er Jahre fundamental in Richtung radikaler Umgestaltung der politischen Landschaft verändert hätten, aber das entschlossene Handeln weniger Akteure den Prozeß beschleunigt und gesteuert habe. Summa summarum: Der Erfolg der Vereinigung lag in der Kombination günstiger Rahmenbedingungen, diplomatischen Geschicks und politischer Führungskraft.

Auf der Grundlage krisentheoretischer Ansätze der amerikanischen Forschung (Charles F. Hermann, Linda P. Brady) hat *Doris G. Wolfgramm* (University of Kansas)⁴⁸ die Einwirkung des Umbruchs von 1989/90 auf die Bonner Außenpolitik untersucht. Es wird gezeigt, wie die Krise der DDR als ein

47 Stefan FRÖHLICH, *„Auf den Kanzler kommt es an“: Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik: Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung*, Paderborn 2001.

48 Doris G. WOLFGRAMM, *The Kohl Government and German Reunification. Crisis and Foreign Policy*, Lewiston/NY 1997.

„important agent of change“ binnen weniger Wochen die Deutschlandpolitik der Kohl-Regierung nach Inhalt, Struktur und Vorgehen veränderte, weil sie durch plötzliche Erweiterung des Handlungsraums und durch Flexibilisierung der Verhältnisse die Chance eröffnete, die Wiedervereinigung zum politischen Hauptziel zu machen. Zugleich liegt hier auch eine Fallstudie zur Geschichte des „decision-making“ in Kohls Kanzlerschaft vor. Mit dem Wechsel zur operationellen, zielgerichteten Wiedervereinigungspolitik habe sich das außenpolitische Entscheidungszentrum in die Kompetenz des Kanzlers und des Kanzleramtes verschoben, womit sich auch das Image Kohls wandelte. Krisen machen's möglich!

Als einer der ersten Politikwissenschaftler hat *Karl Kaiser* (Bonn), damals Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., „eine Gesamtdarstellung und erste Bewertung“ der mit der Vereinigung Deutschlands verbundenen internationalen Entwicklungen vorgelegt.⁴⁹ Seine Analyse setzt bei den freiheitlichen Bewegungen in Osteuropa und der Reformpolitik der Perestroika an, die er mit zu den entscheidenden Bedingungen für eine Vereinigung Deutschlands zählt. Der Zusammenbruch der internationalen Nachkriegsordnung sei sowohl Resultat längerfristiger Entwicklungen gewesen als auch unmittelbar aus einer einmaligen Kräftekonstellation hervorgegangen, zu der auch die verantwortlichen Führungspersönlichkeiten und die koinzidenten politischen Ordnungsvorstellungen in West und Ost gehörten – „ein Glücksfall von Staatskunst“ sei es gewesen. Vor diesem Hintergrund werden die Strategien der beteiligten Staaten und zentrale Probleme wie der sicherheitspolitische Status Deutschlands, die Grenzfrage, die Vier-Mächte-Rechte und das Verhältnis von deutscher Einheit und europäischer Integration skizziert. Ein abschließendes Kapitel ist der Außenpolitik des geeinten Deutschlands gewidmet, die der Verfasser von der deutschen Rolle in Europa und den Herausforderungen durch die Globalisierung bestimmt sieht. Als schwierige Aufgabe der Politik wird die Neudefinition der Verantwortlichkeiten Deutschlands in der Welt bezeichnet. Der Band enthält 76 ausgewählte Dokumente, denen für die Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Frage zwischen 1945 und 1991 wesentliche Bedeutung zukommt.

Einen konzisen, zum Einstieg in die Thematik sehr tauglichen Überblick über den diplomatischen Prozeß der deutschen Vereinigung hat *Stephen F. Szabo* verfasst,⁵⁰ der gegenwärtige Direktor der Transatlantic Academy. Nach einer Skizzierung der deutschen Frage zur Zeit des Kalten Krieges und einer Beschreibung der Hauptakteure und Hauptentwicklungen in der internationalen Konstellation beim Ausbruch der Revolution in der DDR folgt, ausgehend

49 Karl KAISER, *Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte*, Bergisch Gladbach 1991.

50 Stephen F. SZABO, *The Diplomacy of German Unification*, New York 1992.

von Kohls 10-Punkte-Programm, die „story“ der 2+4-Verhandlungen, die bis zu ihrem Abschluss am 12. September 1990 nacherzählt wird. Die markante Charakterisierung des 2+4-Prozesses durch Karl Kaiser als eines „Glücksfalls von Staatskunst“ (a fortunate case of statecraft) hat es dem Autor dabei besonders angetan. Der 2+4-Vertrag wird als Ergebnis ohne Verlierer gewürdigt. Das gelte auch für die Sowjetunion, die nur bei sehr oberflächlicher Betrachtung den Kürzeren gezogen hätte, während sie in Wirklichkeit aus ihrer außenpolitischen Erstarrung herausgelangt sei und durch Abstoßung ihres längst zur Last gewordenen morschen Systems in Osteuropa nicht nur größere internationale Beweglichkeit erworben, sondern auch im vereinigten Deutschland einen potenten Wirtschaftspartner für ihre ökonomische Wiedergesundung gewonnen habe. Der Verfasser ist sich bewusst, dass seine Darstellung des diplomatischen Geschehens um die deutsche Einheit insofern nur vorläufig ist, als ihm noch nicht das einschlägige Aktenmaterial für die Auswertung zur Verfügung gestanden hat, doch sieht er in der Zeitnähe den Vorteil, dass er die noch frischen Eindrücke der beobachtenden und miterlebenden Zeitgenossen verarbeiten konnte, was – wie er meint – besonders bei einer informellen und durch persönliche Kontakte geprägten Diplomatie als Mehrwert ins Gewicht falle.

Ein „coherent picture“ der deutschen Wiedervereinigung und ihrer wichtigsten innen- und außenpolitischen Aspekte stammt von dem kalifornischen Politikwissenschaftler *Peter H. Merkl*, der 1990/91 Gastprofessor in Göttingen und Berlin (Shepard-Stone-Chair der Freien Universität) gewesen ist.⁵¹ Man merkt dem Buch an, dass es keine „library dissertation“ ist, sondern in großem Maß auf eigener Zeitzugenschaft beruht, zu der auch ein intensiver Austausch mit deutschen Kollegen gehört hat. Insofern ist seine Bemerkung interessant, dass die Deutschen heute, wohl in einer Art Kompensation für ihre frühere Führer-Begeisterung, gerne ihre Kanzler herabsetzen würden, was besonders an dem „unfair criticism of Kohl“ auffalle, den die Medien in Deutschland pfl egten. Merkls geschichtliche Weitwinkelperspektive, in der er die deutsche Frage betrachtet, reicht von der Gründergeneration des Bismarck-Reiches bis zur dritten „Postwar“-Generation. Die deutsche Revolution von 1989 wird in den Kontext des großen Umbruchs in Osteuropa gestellt, der mit dem Niedergang der Sowjetmacht einherging. Im Hauptteil folgt einer diachronischen Darstellung der Einigungspolitik – als „westdeutscher Antwort“ auf die Krise der DDR – und des Einheitsweges bis zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 ein systematischer Aufriss der Probleme der inneren Einheit, wie sie insbesondere die Transformation einer sozialistischen Kommandowirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft aufwarf. Der Schlussteil be-

51 Peter H. MERKL, *German Unification in the European Context*, University Park/PA 1993.

handelt die außenpolitische Seite der deutschen Vereinigung, das Verhältnis des neuen Deutschland zu seinen Nachbarn, seine „Europäisierung“ im Maastricht-Prozess und seine Einordnung in das europäische und atlantische Sicherheitssystem. Das Buch, das sich vorzüglich als Einführung in die Gesamthematik der deutschen Einheit eignet, endet mit der Frage „Whither Germany“. Die Hoffnung wird ausgedrückt, dass dieses neue Deutschland endlich ohne Mythen, ohne Reichs- und Großmachträume, ohne nationalistische oder sozialistische Utopien leben möge, denn „one person’s myth can be another person’s dungeon“ (S. 421).

Die deutschlandpolitische Entscheidungsfindung in Moskau im Jahr der Einigung hat *Rafael Biermann* in seiner Bonner Dissertation von 1995⁵² sehr detailliert nachgezeichnet. Der Autor, der Mitarbeiter im Bundeskanzleramt war, stützt sich dabei auf eine breite Quellengrundlage, die allerdings nur zum geringen Teil in unveröffentlichten Dokumenten besteht. Neben der wissenschaftlichen Literatur und den publizierten Dokumentationen wurden vor allem Zeitzeugenveröffentlichungen und -gespräche, insbesondere der sowjetischen Seite, ausgewertet. Die sowjetische Deutschlandpolitik in der Umbruchzeit 1989/90 wird – etwas gekünstelt – in neun Phasen eingeteilt, von der „Erosionsphase“ und verschiedenen Phasen der Umorientierung bis zur Ratifikationsphase. Nach Kohls Besuch in Moskau im Februar 1990 wird eine Obstruktionsphase ausgemacht, die sich durch die erste Phase des 2+4-Prozesses etwa bis zur ersten Außenministerkonferenz am 5. Mai 1990 in Bonn erstreckte. Die Entscheidungsphase dauerte von Gorbatschows Washington-Besuch (Ende Mai/Anfang Juni 1990) bis zum Treffen mit Kohl in Moskau und im Kaukasus (15./16. Juli 1990), die Finalisierungsphase vom Kaukasus-Gipfel bis zur Unterzeichnung des 2+4-Vertrages (12. September 1990). Vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklung der SU werden die internen Differenzen zwischen den „Schulen“ der sowjetischen Deutschlandpolitik (Orthodoxe bzw. „Germanisten“, Ökonomen, Realisten, liberale Schule) genauestens dargestellt. Entscheidend war, dass sich dabei die Kompetenzen immer stärker weg vom Politbüro und ZK hin zur Regierung und zu Gorbatschow persönlich verlagerten (S. 778). Letzterer bewies dabei ein außerordentliches politisches Gespür „für historische Entwicklungslinien, für die innenpolitischen Mehrheitsverhältnisse in Moskau und für das richtige Timing seiner Entscheidungen“. Unter Berücksichtigung der Entwicklung in der DDR (Besuche von Modrow und Gysi in Moskau Ende Januar/Anfang Februar 1990) und der Haltung aller relevanten ausländischen Regierungen entschloss sich Gorbatschow zu einem „sensationellen“ deutschlandpolitischen Kurswechsel. Es sei Schewardnadse gewesen, der den Weg aus der Konfusion der sowjetischen

52 Rafael BIERMANN, *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang*, Paderborn 1997.

Deutschlandpolitik gewiesen habe. Das Umlenken Gorbatschows sei wesentlich auf seinen Einfluss zurückgegangen. Aus Moskauer Sicht lief die Ereignisfolge der deutsch-deutschen Entwicklung (Volkskammerwahlergebnis, Wirtschafts- und Währungsunion, Beitrittstermin) jedoch nach einem ungünstigen Szenario ab. Für Moskau kam es angesichts dieser Entwicklung darauf an, den Wiedervereinigungsprozess mit dem 2+4-Prozess zu synchronisieren. Inhaltlich wurde im Kreis von Gorbatschow beschlossen, beim Kohl-Besuch am 14.–16. Juli 1990 „eine historische Wende in der sowjetischen Deutschlandpolitik herbeizuführen“ (S. 682). Das Ergebnis des Kohl-Besuches stieß auf entrüstete Kritik beim Politbüro, im Verteidigungsministerium und bei der Internationalen Abteilung des ZK (Portugalow: Sommerschlussverkauf; Falin: Masochismus). Kohl wiederum habe mit diesem Besuch „zweifelsohne einen Höhepunkt seiner politischen Laufbahn erreicht. Der Kanzler hatte praktisch das Optimum des Erreichbaren aus Moskau mitgebracht.“ (S. 705)

Dem von deutschen und amerikanischen Quellen und Erinnerungen dominierten Bild des Wiedervereinigungsprozesses hat *Alexander von Plato* (Fernuniversität Hagen) anhand von Dokumenten und Aussagen der sowjetischen Seite eine ergänzende und in Teilen auch korrigierende Darstellung gegenübergestellt.⁵³ Der Autor lässt deutlich durchblicken, dass für ihn eine deutsche Wiedervereinigung im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems unter Einschluss der USA und der Sowjetunion die bessere Lösung gewesen wäre als die Einheit „unter amerikanischer NATO-Dominanz“. Die Integration des vereinigten Deutschlands in die NATO bei gleichzeitigem Ausschluss Russlands und anderer GUS-Staaten betrachtet er als einen „Misserfolg der europäischen Staatengemeinschaft“ (S. 424f.). Die Sowjetunion (Gorbatschow) sei mit ihrer Politik für die Einordnung der deutschen Wiedervereinigung in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu spät gekommen. Im Zustand ökonomischer Ohnmacht habe sie angesichts des Kollapses der DDR und des drohenden eigenen Auseinanderfallens keine klare Strategie gehabt, während die Bundesrepublik mit dem 10-Punkte-Plan und die USA mit Bushs „Vier Prinzipien“ schnell auf die Ereignisse in der DDR reagiert hätten. Damit seien frühzeitig die Weichen in Richtung NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands gestellt und für die westeuropäischen Kritiker (Mitterrand, Thatcher) wie für die Sowjetunion der Spielraum abweichender Möglichkeiten beschränkt worden. Das Buch enthält aufgrund seines neuerschlossenen Materials viele neue Aspekte und Teilergebnisse, die hier nicht im Einzelnen wiedergegeben werden können. Herauszuheben ist die These, dass Gorbatschow beim Besuch in Deutschland (12.–14. Juni 1989) aufgrund seiner Gespräche und seiner persönlichen Eindrücke vom Land den Gedanken gefasst

53 Alexander von PLATO, *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle*, Berlin 2002.

habe, Deutschland könne ihm bei seiner Reformpolitik in der Sowjetunion eine wirksame Hilfe sein. Das habe Konsequenzen für seine Einstellung gegenüber der deutschen Teilung gehabt. Sowjetischerseits wurde den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik eine Schlüsselrolle in Europa zuerkannt. Dabei habe sich aber auch gezeigt, dass die Sowjets keinerlei Konzept hatten und auf die beschleunigte Entwicklung der Einheit buchstäblich hilflos reagierten, weil sie die Folgen einer Destabilisierung der DDR und der Sowjetunion befürchteten. Aus Gegeneinanderhaltung der russischen Gesprächsaufzeichnungen und Interviewäußerungen wird recht deutlich, dass die Zustimmung Gorbatschows zur Einheit (als Sache der Deutschen) und zur vollen NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands dem engen Zusammenspiel zwischen Bonn und Washington zu verdanken ist. Den deutsch-russischen Verhandlungen haben jeweils amerikanisch-russische Gespräche vorgearbeitet und im Großen die Durchbrüche erzielt, die dann von deutscher Seite um Nuancierungen und in Einzelfragen konkretisiert wurden. Ausführlich werden die Verhandlungen in Moskau und im Kaukasus am 15./16. Juni 1990 dargestellt, durch die Deutschland die volle Souveränität erhielt. In der entscheidenden Frage, ob nach dem Abzug sowjetischer Truppen eine Ausdehnung der NATO-Strukturen auf das Gebiet der dann ehemaligen DDR erfolgen dürfe oder niemals, geben die sowjetischen Protokolle – im Unterschied zu den deutschen – keine klare Antwort. Nach dem sowjetischen Protokoll kam es im Laufe der Verhandlungsführung bei Gorbatschow zu einem dramatischen Wechsel, in dem die zunächst eingenommene Position gegen die Ausdehnung von NATO-Strukturen (keine NATO-integrierten deutschen Einheiten, keine Stationierung von Atomwaffenträgern, keine ausländischen Truppen) auf das Gebiet der DDR umgeworfen und die Stationierung beliebiger deutscher Truppen ohne Atomwaffen nach dem Abzug der Sowjets zugestanden wurde (S. 386f.). Der Autor sieht darin einen „ungeklärten und unbegründeten Bruch“. In einem Interview von 2002 erklärte Gorbatschow dem Autor auf eine entsprechende Frage, er habe es so gewollt (S. 391). Die russischen Protokolle lassen mit ihren Abweichungen zu den deutschen Protokollen die Dramatik in den deutsch-sowjetischen Verhandlungen über den Einigungsprozess voll hervortreten.

Wie grundsätzlich Margaret Thatcher, die britische Premierministerin, gegen die Wiedervereinigung Deutschlands eingestellt war und wie sie alles daran setzte, die deutsche Einheit wenn nicht zu verhindern, so doch hinauszuzögern, hat *Klaus Rainer Jakisch* spannend und kenntnisreich geschildert.⁵⁴ Trotz des „bewusst populärwissenschaftlichen“ Stils, der sich vor allem in etwas aufgesetzt wirkenden Stimmungsbildern niedergeschlagen hat („... und

54 Klaus Rainer JAKISCH, *Eisern gegen die Einheit. Margaret Thatcher und die deutsche Wiedervereinigung*, Frankfurt/M. 2004.

die Wettervorhersage der BBC versprach nichts Gutes, als gegen zehn Uhr eine dunkle Limousine ...“ u.ä.), sind die Aussagen und Thesen des Buches auf Grundlage von Interviews mit britischen Beteiligten, vielen Zeitungsrecherchen, Parlamentsdebatten sowie veröffentlichten Memoiren der wichtigsten Akteure solide belegt. Thatcher war nicht nur gegen die deutsche Wiedervereinigung, sondern sie schätzte auch die Grundhaltungen von Gorbatschow und Mitterrand wie auch von Bush zur deutschen Frage völlig falsch ein. Es traf sie tief, dass Gorbatschow während des Treffens mit Kohl im Februar 1990 die Einheit generell akzeptierte. Auch Mitterrand verweigerte sich der Bildung einer „Entente“ gegen die deutsche Einheit („Ich sage nicht nein zur Wiedervereinigung. Das wäre dumm und unrealistisch.“). Seine Antwort, die deutsche Wiedervereinigung mit dem Aufbau Europas zu verbinden, nahm Thatcher alle Illusionen. Bei Bush stieß sie mit ihrer Deutschlandpolitik auf kein Interesse, da die Amerikaner sich auf ein vereinigtes Deutschland als „Partner in der Führungsrolle“ festgelegt hatten. Ersatzweise versuchte sie, im Rahmen der KSZE und der EG kleinere Partner für ihre Politik gegen die deutsche Wiedervereinigung zu finden. Die Strategie, den 35 Staaten der KSZE bzw. der EG ein Mitspracherecht über die deutsche Einheit zu übertragen, war ein verzweifelter Versuch, die Dynamik des Einheitsprozesses zu bremsen. Aber standfeste Verbündete fand sie hier auch nicht, obwohl die Niederlande (Ruud Lubbers) und Italien (Giulio Andreotti) – erfolglos! – eine Beteiligung ihrer Länder reklamierten. Der „Anti-Germanismus“ von Thatcher (Jg. 1925) beruhte nach Meinung des Autors auf einer Mischung aus Instinkt und Interessenskalkül. Ihre persönlichen Erfahrungen und Vorurteile (Erlebnisse deutscher Bombardierungen, britische Kriegspropaganda usw.) verbanden sich mit einer stark von britischer Tradition bestimmten Interessenpolitik: Erstens sollte Deutschland nicht wieder zur stärksten Kontinentalmacht werden, zweitens hatte sie die Sorge, dass die Wiedervereinigung die Stabilität der Europäischen Gemeinschaft und das atlantische Verteidigungsbündnis beeinträchtigen würde, und drittens fürchtete sie, die Wiedervereinigung würde den Reformkräften in der Sowjetunion in den Rücken fallen und in Moskau wieder die Hardliner an die Macht bringen. Drei Phasen der Deutschlandpolitik von Thatcher in der Umbruchzeit werden unterschieden: 1. vom Mauerfall bis Januar/Februar 1990 eine Politik zur Verhinderung der Einheit, 2. dann bis Frühsommer 1990 eine Politik der Verzögerung des Einheitsprozesses, 3. eine notgedrungen konstruktivere Haltung, die aber lediglich Ausdruck ihres Scheiterns und ihrer völligen Einflusslosigkeit auf die Ereignisse der Einigung war. Ein wichtiges Ergebnis der Arbeit ist, dass die Haltung von Thatcher nicht allgemein für die Einstellung in Großbritannien zur deutschen Einheit steht. Der Autor stellt fest, dass das Vorgehen der Eisernen Lady „weder repräsentativ für die britische Regierung noch für ihre tatsächliche Politik“ gewesen sei. Im britischen Außenministerium („Der Feind im eigenen Lager: Whitehalls Außenministeri-

um“) wie auch im Kabinett (Major, Hurd, Patten, Heseltine) habe es eine „klare Unterstützung für die Einheit“ gegeben (S. 319). Das Verhältnis zwischen Thatcher und Helmut Kohl wird als „persönlich angespannt“ beschrieben. Es sei ein Verhältnis „wie Tag und Nacht“ gewesen. Nicht, dass sie sich nicht hätten leiden können oder gar unsympathisch gewesen wären. „Sie hatten einfach nicht dieselbe Wellenlänge.“ Beide hätten sich schwer damit getan, sich in die Rolle des anderen hineinzusetzen.

Ein problematisches, um nicht zu sagen seltsames Buch hat *Tilo Schabert* herausgebracht.⁵⁵ Der Politologe der Universität Nürnberg-Erlangen, der zwischen 1992 und 1995 Einsicht in Unterlagen des Elysée nehmen durfte, kommt aufgrund seiner so erworbenen exklusiven Quellenkenntnisse und seiner Interviews mit zentralen Mitarbeitern des französischen Präsidialamtes zu dem Ergebnis, dass die von Mitterrand bestimmte französische Politik den Wiedervereinigungsprozess keineswegs bremsen oder blockieren wollte, sondern „selbstverständlich am Werk der deutschen Einheit“ mitgewirkt habe, und zwar nach einem „klaren und konstruktiven Konzept“, das darauf angelegt gewesen sei, „dass aus diesem Werk, das doch eine Schöpfung in Europa war, eine europäische Schöpfung werde“ (S. 291). Schabert, der als ein Hauptkritiker der Frankreich-Passagen des zweiten Bandes der Kohl-Erinnerungen aufgetreten ist⁵⁶, hat nicht eigentlich eine wissenschaftliche Studie verfasst, sondern eine mit „philosophierenden Bemühungen“ (Klaus Hildebrand) und suggestiven Kommentaren aufgeladene Darstellung französischer Staatskunst versucht. In der „Werkstatt“ der Weltpolitik erscheint Staatspräsident Mitterrand als der große (Hexen)Meister. Zitat: „Das war die Sprache der Leidenschaft, der Passion, die auf ihr Ziel hin brennt, und in ihre aufzehrende Glut zu ziehen sucht, was sich ihr widersetzt. Die Idee zu ‚Europa‘ – wie konnte sie einen Europäer überhaupt ungerührt lassen? Die in seinem Geist unerschütterlich anhaltende Überzeugung, die ihm seine europäische Leidenschaft gebar, übersetzte François Mitterrand in den Jahren seiner Präsidentschaft folglich immer wieder zur allgemeinen rationalen Belehrung (und Ermahnung) auch in die Diktion der historischen Vernunft.“ (S. 337) Das Werk, dessen Wert für die historische Forschung in der darin ausgebreiteten provokanten These und den zitierten Quellenzeugnissen liegt, wurde 2005 mit dem ersten deutsch-französischen Parlamentspreis ausgezeichnet. Statt einer Kritik, die in solchem Fall – zumal wenn sie im Nachhinein angebracht wird – als unpassend empfunden werden könnte, sollen weitere Zitate einen Eindruck von

55 Tilo SCHABERT, *Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit*, Stuttgart 2002; überarb. und erweit. franz. Ausgabe: *Mitterrand et la réunification allemande. Une histoire secrète (1981–1995)*, Paris 2005.

56 U.a. „Prüfung der Macht. Zu den ‚Erinnerungen‘ von Helmut Kohl“, in: *Merkur* 60 (2006), S. 265–270.

der ungewöhnlichen Machart dieses Buches vermitteln, zum Beispiel: „Die Schleier, welche die Semiotik französischer Macht über Deutschland warf, waren auch wieder nicht so fest, dass sie nicht hätten reißen und in ihnen nicht hätten Löcher aufklaffen können. Dann schaute Deutsches heraus. Und das war im Schleier nicht vorgemustert. Wir hätten keinen Grund, dieses Buch fortzusetzen, gäbe es zur Beschreibung des Schleiers nicht auch die Geschichte seiner Löcher.“ (S. 38) Oder auch: „Einzelne Menschen, konkret anzutreffen in der Präsenz ihrer Körper, machen politische Wirklichkeit gegenwärtig. Durch sie kommt diese hervor, ‚erscheint‘ (und wird mit der wachsenden Komplexität dieses Erscheinens zunehmend fiktiv) und ist in den ‚politischen‘ – und das heißt nicht zuletzt: physischen – Bewegungen dieser Menschen die Bewegung unter Menschen für Menschen auf Menschen zu, die den Menschen ‚Politisches‘ bringt: Leben aus der schöpferischen Kraft der Politik.“ (S. 79) Und ein letztes: „Im Elysée entwarfen Hubert Védrine, Elisabeth Guigou, Jean-Louis Bianco und der Präsident selbst Antworten, Pläne, Ordnungsbilder. Sie ‚träumten‘, wie es ihre schöpferische Imagination den Menschen erlaubt: Visionen zu fassen, die bis zu ihrer Umsetzung in die Wirklichkeit Träume sind, alles Traumhafte indes verlieren, sind sie einmal zur Wirklichkeit gebracht und dann Teile derselben, in dieser und auf diese wirkend.“ (S. 447) Der Leser bekommt es mit vielen solchen Sätzen, ja ganzen Passagen zu tun; sie vernebeln Mitterrands Deutschlandpolitik eher, als sie zu erklären.

Der französische Staatspräsident selbst hat sich in einem persönlichen Rückblick⁵⁷ auf die deutsche Vereinigung bemüht, den Eindruck der Unsicherheit und des Zögerns, den sein Verhalten in der deutschen Frage 1989 hinterlassen hatte, vergessen zu machen. Folgt man seiner Darstellung, so sei es von Anfang an sein fester Grundsatz gewesen, dass die nationale Einheit ein legitimes Ziel deutscher Politik sei, dessen Verwirklichung allein auf friedlichem und demokratischem Wege zu geschehen habe. Aus französischer Sicht habe dazu jedoch die Realisierung von „wenigstens“ fünf Grundvoraussetzungen gehört: die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, das Einverständnis der vier Schutz-mächte, der Verzicht Deutschlands auf nukleare, biologische und chemische Waffen, die weitere NATO-Zugehörigkeit Deutschlands und die Fortentwicklung der europäischen Gemeinschaft. Um diese „Ordnung der Dinge“ sei es ihm gegangen, was die Öffentlichkeit und auch seine politischen Partner in der Konsequenz für sein Verhalten manchmal nicht verstanden hätten. Mitterrand versteht es sehr gut, seine Politik als einen den Fakten folgenden Anpassungsvorgang zu verdeutlichen. Dabei ließ er sich von dem leiten, was ihm für die Interessen Frankreichs und Europas am Besten erschien. Aber er ist so souverän, zugleich durchblicken zu lassen, in welchem höchst labilem Zustand

57 François MITTERRAND, *Über Deutschland*. Aus dem Französischen von Bernd Schwibs, Frankfurt/M. 1996 (franz. Original: *De l'Allemagne. De la France*, Paris 1996).

aus Unwägbarkeiten und Aufregungen sich die Politik zu bewegen hatte. „Jedem war klar“, so formuliert er pointiert, „dass die Welt von gestern gerade einen historischen Riss bekommen hatte, die Welt von heute aber noch nicht wusste, wann, wie und mit welchem Tempo das Europa von morgen Gestalt gewinnen würde.“ In der Beschreibung und Kommentierung dieser dynamischen Entscheidungssituation, in der nichts vorgegeben war und die keinen Automatismus der Entwicklung enthielt, liegt der besondere Wert des Mitterrand'schen Buches für die Geschichtsschreibung.

Der „Preis der Einheit“ begegnet in der historisch-politischen Literatur als beliebter Titel, um die Opfer anzuzeigen, die von den Deutschen für die Erlangung des Gutes Einheit zu erbringen sind. Bereits 1991 haben die Wirtschaftswissenschaftler *Jan Priewe* (FHTW Berlin) und *Rudolf Hickel* (Bremen) unter diesem Titel die Einheitskosten bilanziert und die Herausforderungen der Politik angesichts der ostdeutschen Transformationskrise benannt.⁵⁸ Das für ein breiteres Publikum konzise geschriebene Buch vermag noch im Abstand von fast 18 Jahren und mit der inzwischen gewonnenen Erfahrung zu überzeugen, weil es eine sachliche Bestandsaufnahme der ökonomischen Folgen der Vereinigung und der Fehlentwicklungen der Finanzierungspolitik mit Schlussfolgerungen für alternative Strategien verbindet. Zwar sind einige der dargestellten Problemlagen inzwischen von der Entwicklung überholt worden, aber der Historiker kann in diesem Gesamtbild den Horizont der Möglichkeiten von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in der Frühzeit der Einheit finden.

Die Frage nach den Kosten der Wiedervereinigung und vornehmlich nach den „Kostenträgern“ ist ein noch immer akuter Streitpunkt des ost-westlichen Disputs, an dem sich besonders auch die alten DDR-Kader warm zu halten pflegen. *Siegfried Wenzel*, leitender Mitarbeiter der DDR-Plankommission für Gesamtrechnung und Plankoordination, hat sich der „zentralen politischen und emotionalen Rolle“ der seit 1990 erfolgenden Finanztransferzahlungen von West nach Ost angenommen.⁵⁹ Die West-Ost-Transferzahlungen, deren Ursachen er in der Deindustrialisierungspolitik der Treuhandanstalt, in der Übernahme des Osthandels durch Westunternehmen und in der Vermarktung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen Ostdeutschlands festmacht, vergleicht er mit Transferleistungen der DDR an die Bundesrepublik wie der Übersiedlung gut ausgebildeter Arbeitskräfte und der nahezu totalen Übernahme der

58 Jan PRIEWE/Rudolf HICKEL, *Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung*, Frankfurt/M. 1991, 2. Aufl. 1992. Vgl. auch Rudolf HICKEL/Jan PRIEWE, *Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung*, Frankfurt/M. 1994.

59 Siegfried WENZEL, *Was kostet die Wiedervereinigung? Und wer muss sie bezahlen? Stand und Perspektiven*, Berlin 2003.

Reparationslast Gesamtdeutschlands gegenüber der UdSSR durch die DDR. Die ökonomische Situation der DDR „zum Zeitpunkt ihres Anschlusses an die BRD“ erkennt er nicht als Pleitezustand, sondern als Ausweglosigkeit, die „neben politischen auch ökonomische“ Gründe hatte. Die Hauptschuld am Ende der DDR wird vielmehr der Krise des sowjetischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems unter Gorbatschow gegeben. Im Grunde wird hier das planwirtschaftliche Glasperlenspiel fortgesetzt, das immer im Sinne des Plans bzw. des Planenden aufgeht, je nachdem, welche Faktoren in die Gesamtrechnung einbezogen oder weggelassen werden und welchen Schätzwert man ihnen jeweils unterlegt. Die Richtung ist allemal klar. Die Ostdeutschen seien zum zweiten Mal zu Opfern der Geschichte geworden. Nachdem sie die Hauptkriegs- und Nachkriegslasten hätten tragen müssen, würden nun auch wieder die Lasten der Wiedervereinigung auf sie abgewälzt. Darauf sei schon die Politik der herrschenden konservativen Kräfte in der Ära Kohl hinausgelaufen, und unter Bundeskanzler Schröder werde diese „neoliberale Rosskur“ gegen den Sozialstaat und die soziale Gerechtigkeit weiter betrieben. Mit einem neo-liberalen Kurs seien die Probleme der ökonomischen Wiedervereinigung Deutschlands jedoch nicht lösbar. Dass in der „Alt-BRD längst herangereifte Probleme“ im vereinigten Deutschland – wie der Verfasser behauptet – lieber weitergeschleppt würden, als ihrer mit den in der DDR seit Jahrzehnten gefundenen Lösungen Herr zu werden, wird als „ideologische Verblendung“ bezeichnet. Ja, so galt es wohl in der DDR: Ideologisch verblendet sind immer die anderen.⁶⁰

Als Aktualisierung seines 2000 erschienenen „Preises der Einheit“ hat *Klaus Schroeder*, Politikwissenschaftler und Soziologe am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und Leiter der Forschungsstelle SED-Staat,⁶¹ auf der Grundlage eines reichhaltigen empirischen Materials eine Saldierung des Vereinigungsprozesses nach 15 Jahren vorgenommen und die Befunde dann zu den geänderten Problemlagen und neuen Dimensionen der politischen und gesellschaftlichen deutschen Wirklichkeit in Beziehung gesetzt. Der Darstellungsrahmen reicht von der Teilungsgeschichte bis zu den heute feststellbaren Identitätsdifferenzen zwischen West und Ost. Das Kapitel „Die Vereinigungsbilanz im Widerstreit“ setzt sich mit den zahlreichen Vereinigungskritikern, unter anderem mit der „Erfurter Erklärung“ von 1997 (von Personen aus Kultur, Wissenschaft und Gewerkschaften), auseinander. Positive Einschätzungen des Vereini-

60 Im Umkreis der PDS formierte sich ein Netzwerk, das durch Publikations- und Vortragstätigkeit ein positives Geschichtsbild der DDR pflegt und verbreitet, vgl. Werner MÜLLER, *Neue deutsche Parallelhistoriographie. Zeitgeschichte aus PDS-naher Sicht*, in: *15 Jahre deutsche Einheit. Deutsch-deutsche Begegnungen, deutsch-deutsche Beziehungen*, hg. von Günther HEYDEMANN und Eckhard JESSE, Berlin 2006, S. 277–304.

61 Klaus SCHROEDER, *Der Preis der Einheit. Eine Bilanz*, München 2000; DERS., *Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, München 2006.

ungsprozesses werden dabei in der Minderheit gesehen. Das Kernproblem der Wiedervereinigung habe darin bestanden, dass es hierbei um die Vereinigung zweier fundamental verschiedener Gesellschaften gegangen sei. Die Differenzen zwischen Ost und West, das wechselseitige Missverstehen und die differierende Bewertung des Vereinigungsprozesses (Alltagsverhalten, Medienutzung, Umgang mit den beiden deutschen Diktaturen) resultieren sowohl aus den Erfahrungen seit 1990 als auch aus den jahrzehntelangen Prägungen in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Zwar existierten auch in der alten Bundesrepublik, etwa zwischen Nord und Süd, Unterschiede und Disharmonien, aber die Differenz zwischen Ost und West scheint – bisher jedenfalls noch – ausgeprägter und tiefer zu sein. Angesichts der mehr als 40 Jahre lang sehr unterschiedlichen Lebensverhältnisse in politisch, ökonomisch und gesellschaftlich diametral entgegengesetzten Systemen und den sich feindlich gegenüberstehenden weltpolitischen Lagern seien die Unterschiede in Wertauffassungen, Einstellungen und Mentalitäten aber im Grunde nicht erstaunlich. Viele Probleme seien nicht nur vereinigungsbedingt, sondern hätten schon seit den 70er Jahren bestanden und seien durch die Vereinigung nur verstärkt worden (Arbeitslosigkeit, Überreizen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch das System der sozialen Sicherheit). Es wird ein „gespaltener Blick auf die Einheit“ diagnostiziert: Die individuelle Vereinigungsbilanz falle je nach Betroffenheit und Erfahrung unterschiedlich aus. So etwa zeigten sich Ostdeutsche generell mit ihrem Leben unzufriedener als Westdeutsche, obschon sie im Gegensatz zu den Westdeutschen mehrheitlich eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erfahren hätten. Die Zahl der mit dem Leben allgemein Unzufriedenen oder sehr Unzufriedenen habe in Ostdeutschland 2005 mit 19 % nahezu doppelt so hoch gelegen wie im Westen. Nicht einmal jeder zehnte Ostdeutsche habe 2005 (EMNID) die innere Vereinigung für gelungen gehalten. Seit der Vereinigung habe in Ostdeutschland die Zustimmung zum politischen und sozialen System der Bundesrepublik abgenommen. Nur 30 % hielten inzwischen die in Deutschland praktizierte Demokratie für die beste Staatsform (im Vergleich: zwei Drittel in den alten Bundesländern). Das sind ebenso bedenkenswerte wie bedenkliche Befunde. Sie verdeutlichen, wie sich innerhalb weniger Jahre Erwartungshaltungen und Maßstäbe der Bewertung verändern können. Das subjektive Empfinden konfrontiert der Autor mit dem objektiven Faktum positiver Entwicklungen, mit der „Erfolgsgeschichte“ der Industrieförderung in einigen Ländern, mit der „historischen Leistung“ der Treuhänder, die trotz einiger Fehlentscheidungen und krimineller Machenschaften sowie unter großem Druck von Politik, Verbänden und Öffentlichkeit in Ostdeutschland einen Strukturwandel eingeleitet habe, für den in der alten Bundesrepublik keine Parallele zu finden sei. Die meisten ostdeutschen Haushalte hätten in den letzten 16 Jahren, vor allem aber bis Mitte der 90er Jahre, eine in der Geschichte beispiellose positive Entwicklung des materiellen Le-

bensstandards erlebt, die pointiert als „Wohlstandsexplosion ohne wirtschaftliches Fundament“ bezeichnet werden könne. Das würden bestimmt nicht wenige Zeitgenossen anders sehen und hören wollen! Ebenso unbeeindruckt von opportunen Meinungen zeigt sich der Autor in der Beurteilung von Bundeskanzler Kohl. Obwohl von einigen westdeutschen Medien als „Aussitzer von Problemen“ oder „Zauderer“ charakterisiert, habe er es vor allem nach dem Fall der Mauer geschickt verstanden, innen- und außenpolitisch die für eine schnelle Vereinigung nötigen Fäden zu ziehen. Mit Fug und Recht könne er als „Kanzler der Einheit“ bezeichnet werden, wie auch immer man seine Politik vor 1989/90 und danach bewerten möge. Der soziale und konsumorientierte Vereinigungspfad, für den sich die Kohl-Regierung entschieden habe, sei zwangsläufig auf gewaltige finanzielle Transfers von West nach Ost hinausgekommen. Infolgedessen hätten unmittelbar nach der Vereinigung tiefgreifende materielle und soziale Angleichungsprozesse in atemberaubender Geschwindigkeit stattgefunden. Inzwischen dürften aber die durchschnittlichen realen ostdeutschen Haushaltseinkommen etwa 85 % bis 90 % des Westniveaus erreicht haben. Die gewaltigen Kosten der Vereinigung seien in erster Linie Resultat von 45 Jahren realem Sozialismus, hinzu kämen falsche Weichenstellungen zu Beginn des Vereinigungsprozesses. Zentraler Fehler der Vereinigungspolitik Kohls sei es gewesen, dass statt eines gesamtdeutschen Reformprozesses der „Aufbau Ost“ in Gang gesetzt worden sei. Die wirklichen Probleme in Ost und West seien damit verdrängt bzw. durch Geld überdeckt worden.

Um den „Preis der Einheit“ ist es auch dem Münchner Historiker *Gerhard A. Ritter*, 1976–1980 Vorsitzender des Verbandes der Historiker in Deutschland, in seiner Darstellung der Krise des deutschen Sozialstaats gegangen.⁶² In seinem Werk untersucht und beschreibt er sowohl die Rolle, die die Sozialpolitik im deutschen Einigungsprozess gespielt hat, als auch den Wandel des deutschen Sozialstaats unter den Bedingungen der deutschen Einheit. Der Hauptteil behandelt – auf breitester Quellengrundlage (Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bestände der Bundesversicherungsanstalt für Arbeit sowie des Bundesversicherungsamtes, Nachlass von Norbert Blüm, Unterlagen der CDU/CSU-Fraktion, Materialien der Parteiarchive in den Politischen Stiftungen) – die Entstehung der Sozialunion, die sozialpolitischen Akteure (Bundeskanzleramt, Ressortminister, „Koalition der Sozialpolitiker“, Parlament, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände), den Aufbau der Institutionen und die Debatten über den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Rolle der Sozialpolitik von Ende 1989 bis Oktober 1994 wird für den deutschen Einigungsprozess

62 Gerhard A. RITTER, *Der Preis der Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*, München 2006 (jetzt auch 2. Aufl. 2007).

als entscheidend dargestellt. Die Übertragung des bundesdeutschen Systems der sozialen Sicherung sollte einer Verarmung der ostdeutschen Bevölkerung entgegenwirken und die Akzeptanz der neuen Ordnung sichern. Die Sozialpolitik habe dazu beigetragen, „dass der Transformationsprozess von der Plan- zur Marktwirtschaft sozialverträglich gestaltet und damit für die Bürger in den neuen Ländern akzeptabel wurde“ (S. 350). Bundeskanzler Kohl habe dabei die Linie des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, der sozialdemokratischen Opposition, der Gewerkschaften und der politischen Kräfte der DDR unterstützt, die im Gegensatz zur Wirtschaft (d.h. Bundesbank, Ressorts für Finanzen und Wirtschaft) eine vollständige Übertragung des Arbeitsrechts und sozialen Leistungssystems der Bundesrepublik auf den Osten vertraten. „Die sozialpolitische Absicherung der deutschen Einheit war notwendig und organisatorisch eine Meisterleistung.“ (S. 297) Politisch realisierbare Alternativen zur Übernahme der westdeutschen Normen und Institutionen (als kleinsten politischen Nenner, auf den sich die politischen und gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik und der DDR einigen konnten) habe es nicht gegeben: Ein Nebeneinander unterschiedlicher Ordnungen sei für längere Zeit nicht praktikabel gewesen, noch weniger möglich war eine gleichzeitige Reform des bundesdeutschen Sozialstaates unter den Bedingungen der internationalen Konstellation, des Drucks der DDR-Bevölkerung und der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag. Einerseits habe also der deutsche Sozialstaat mit der erfolgreichen Übertragung seines Systems auf den Osten Deutschlands seine Problembewältigungskraft und seine Lernfähigkeit bewiesen; andererseits habe die Verwirklichung der Sozialunion die vor 1990 begonnene Reformdiskussion, wie der deutsche Sozialstaat den Strukturproblemen von Gesellschaft und Wirtschaft begegnen könne (Alterung der Bevölkerung, Explosion der Kosten des Gesundheitswesens, Globalisierungswettbewerb, Erosion der versicherungspflichtigen Vollzeitverhältnisse), von der politischen Agenda verdrängt. Die Legislaturperiode 1994–1998 sei aufgrund der Konfrontation von Regierung und Opposition sowie von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden durch eine „weitgehende Blockade aller größeren Reformbestrebungen“ gekennzeichnet gewesen.

Ausführlich wird die Problematik des „Wirtschaftsstandortes Deutschland“ abgehandelt: Während in der DDR der Staat die zentrale Instanz zur Lösung der sozialen Probleme gewesen sei, habe in Westdeutschland, vor allem bei der Wirtschaft und bei Teilen der politischen Elite, die auch von der Kohl-Regierung seit 1982 vertretene Auffassung bestanden, dass der Staat zugunsten des Marktes zurückgedrängt und im Bereich der sozialen Sicherung die Eigenvorsorge ausgebaut werden solle. (S. 154) Das habe sich ab 1992 in der Diskussion über den Wirtschaftsstandort Deutschland und Gesetzesvorhaben zur Eindämmung von Sozialabgaben niedergeschlagen. Mit der Desillusionierung über die Aussichten auf einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung im

Osten Deutschlands und der 1993 ihren Höhepunkt erreichenden Rezession auch in den alten Bundesländern sei die deutsche Wirtschaft in eine schwierige Situation geraten. Die Debatte über den Wirtschaftsstandort Deutschland verband sich nun eng mit den Diskussionen über die Finanzierung der deutschen Einheit, die Konsolidierung der Staatsfinanzen und den Umbau des Sozialstaates. Die politische Diskussion über die Gefährdung des Standortes Deutschland und deren Konsequenzen für die Sozialpolitik wurde durch eine Kursänderung der Regierung Kohl forciert („Solidarpakt für Deutschland“ 1992/93). Ritters Darstellung lässt keinen Zweifel daran, dass das Bundeskanzleramt in der Ära Kohl auch die Koordinationszentrale der Sozialpolitik gewesen war. Im Zentrum des sozialpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses hätten der Bundeskanzler und das Bundeskanzleramt gestanden (S. 375). Das galt insbesondere für die „Neufestsetzung der Prioritäten“ der Politik durch verstärkte Anstrengungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland, zur Begrenzung der Lohnnebenkosten und zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Der Schluss Hinweis auf die durch „eine ungewöhnlich große Zahl von Vetospielern“ erschwerte Reformpolitik in der Bundesrepublik sollte zum historiographischen Lehrsatz werden. Ausdrücklich genannt werden der Bundesrat (zumindest wenn dessen Mehrheit von der des Bundestags abweicht), die Organisationen der großen gesellschaftlichen Kräfte, im Fall der Sozialpolitik auch die Träger sozialer Institutionen, schließlich auch das Bundesverfassungsgericht und die Regeln des Maastricht-Vertrages. Das Buch kann im Übrigen zum guten Beispiel dafür dienen, dass die Ära Kohl rückblickend in dem Maße besser beurteilt werden wird, in dem die Historiker das Wort übernehmen. Verdientermaßen wurde Ritter mit dem Preis des Historischen Kollegs 2007 ausgezeichnet.

Ein Gesamtbild der Problem- und Stimmungslage Deutschlands zur Mitte der 90er Jahre ist von dem amerikanischen Historiker *David Schoenbaum*, (University of Iowa) zusammen mit der Bonner Korrespondentin der „Washington Quarterly“, *Elizabeth Pond*, vorgelegt worden.⁶³ Angestoßen durch die ausländerfeindliche Gewalt in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen sollte die „strapaziöse neue Normalität“ des wiedervereinigten Deutschlands beleuchtet werden. Die neue Bundesrepublik sei zwar größer und exponierter als ihre Nachbarn, aber sie sei ein „ambivalentes Einwandererland unter anderen“, ein „problematisch gewordener Wirtschaftsstandort unter anderen“, in zunehmendem Maße eine „Rentnergesellschaft“, ein „unschlüssiger Nationalstaat“ sowie ein EU-Mitglied unter anderen Mitgliedstaaten. Das Gesamtergebnis sei noch unbefriedigend, jedoch könne dieses Deutschland ebenso Toleranz gegenüber seinen Fehlern beanspruchen wie andere Länder. Eine neue

63 David SCHOENBAUM/Elizabeth POND, *Annäherung an Deutschland. Die Strapazen der Normalität* (aus dem Amerikanischen), Stuttgart 1997.

Gründerzeit bekomme es in Deutschland mit einem „Gestrüpp“ aus öffentlichen, privaten und auf Bundes-, Landes- und Lokalebene ineinander verschachtelten Behörden, Gremien, Körperschaften, Räten und Verfassungsinstanzen zu tun. „Als Enkel und Erbe lebt Kohl bis heute mit den Konsequenzen.“ Als Bundeskanzler werde er durch Gerichte, autonome Bundesinstitutionen (Bundesbank), eine eigenwillige Partei und einen nicht weniger selbstbewussten Koalitionspartner gebremst, zudem hätten die oppositionellen Sozialdemokraten seit 1991 die Mehrheit im Bundesrat gehabt. Als „Bismarcks Erbe“ verstehe sich Kohl nur in einer Analogie zum 19. Jahrhundert: nämlich hinsichtlich der Vermeidung einer Konstellation, in der Deutschland in der Mitte Europas von einer feindlichen Koalition umgeben sein würde. Bismarck würde aber kaum Verständnis für Kohls Politik aufbringen, sich auf die europäische Zusammenarbeit und Integration zu verlassen, statt sich zur Herstellung eines Gleichgewichts der Mächte auf Deutschlands Stärke zu stützen. Bismarck wäre beunruhigt zu sehen, wie die Deutschen durch institutionelle Verknüpfung ihrer Wirtschaft, Sicherheitspolitik, ja ihres Staatswesens mit Europa eine Europapolitik nun mehr als Innenpolitik denn als Außenpolitik betrachteten.

Die alarmistische Ausleuchtung von Fehlentwicklungen im deutschen Einheitsprozess hat sich mittlerweile, vergleichbar anderen „Zeitklagen“, die in Deutschland gerne angestimmt und angehört werden, zu einer speziellen Literaturgattung entwickelt, erkennbar zumeist an dem Mix aus statistischen Daten, Pressemitteilungen, Meinungsumfragen, Leitartikelrhetorik und Krisenraunen, zudem zitiert man sich fleißig gegenseitig! Es kommen einem bei der Lektüre dieser Erzeugnisse unwillkürlich die Schopenhauerschen „kleinen Hunde“ in den Sinn, „die bei Allem, was sich irgend regt, sogleich ein lautes Gebell erheben“ (Parerga und Paralipomena II). In der Sachbuch/Feature-Mischung⁶⁴ des Journalisten *Uwe Müller* sollen „harte Fakten“ für sich sprechen. Die Wiedervereinigung, so der Autor, habe sich ökonomisch als Desaster erwiesen. Trotz Zahlungen von weit über einer Billion Euro an die ostdeutschen Länder könne der Osten sich wirtschaftlich nicht selbst tragen. Er werde als Kostgänger des Westens diesen überfordern und ruinieren. Der Grundfehler sei das System (Solidarpakt, Subventionen, Neuverschuldung, strukturschwache Miniaturländer, Prinzip der gleichen Lebensverhältnisse). Bundeskanzler Kohl habe sich bei der Herstellung der deutschen Einheit zwar außenpolitische Verdienste erworben, aber bei der inneren Konstruktion der Einheit seien ihm „verheerende“ oder auch „haarsträubende“ Fehler unterlaufen. Die Westdeutschen seien dem Projekt der Wiedervereinigung deshalb so hilflos ausgeliefert gewesen, weil weder in der Bevölkerung noch in der Bundesregierung Kennt-

64 Uwe MÜLLER, *Supergau Deutsche Einheit*, Berlin 2005.

nis der DDR-Wirklichkeit vorhanden gewesen sei. Kohl habe sich zwar im Unterschied zu den sozial-liberalen Regierungen vor ihm klar zum Ziel der „Einheit der Nation“ bekannt, aber die praktische Regierungsarbeit habe dazu „in auffälligem Kontrast“ gestanden. Die Währungsunion, der Aufbau Ost, Bündnis Ost – Fehler über Fehler. Die erforderlichen Transfersummen für Ostdeutschland seit 1990 hätten vor allem durch Schuldenmachen aufgebracht werden müssen, da Kohl die beiden anderen Möglichkeiten, Minderung der Staatsausgaben und Steuererhöhung, „als unpopulär“ verworfen habe. Trotz dieser deprimierenden Entwicklung und der Aussicht auf einen dauerhaft rückständigen Osten habe der Kanzler jedoch weiter die Illusion von der Erfolgsgeschichte der Einheit gepflegt.

Auch der Journalist *Jens Bisky* (Feuilletonredakteur der SZ) beschwört ausgiebig die Gefahren, die von der Einheit für „unser Land“ (!) ausgehen.⁶⁵ Noch 15 Jahre nach der Wiedervereinigung existierten, meint er, zwei Teilgesellschaften in einem deutschen Staat: Die Teilung zwischen West und Ost dauere fort und schwäche das ganze Land. In den neuen Ländern sei eine transferabhängige Wirtschaft entstanden, eine wirtschaftlich rückständige Region mit einer labilen Gesellschaft, der Westen habe Verluste an ökonomischer Kraft und an Selbstvertrauen erlitten. Wenn nicht zu einem „vernünftigen, illusionslosen Aufbau Ost“ gefunden würde, drohten ein wirtschaftliches Desaster und gesellschaftliche Erstarrung. Statt weiter von einer Aufholjagd des Ostens zu phantasieren, sei „eine Auffächerung der Aufbaupolitik“ vonnöten durch „Sanierung, Aktivierung und Schrumpfungsmanagement“. Die übergreifende Botschaft lautet: Wir „brauchen eine neue Vorstellung von Einheit, das heiße: Offenheit, soziale Mobilität, Solidarität mit den Schwachen“ (S. 23f.). Diese Notwendigkeit einer „neuen Einheit“, die der Freiheit den Vorrang vor dem Wohlstand gibt, wird in vier Kapiteln dargelegt, die dem Ost-West-Verteilungskonflikt, dem Dilemma der Transferwirtschaft („Förderelend“), der Abschließungsmentalität in West und Ost und der trügerischen Fixierung auf Sicherheit und Wachstum („Der arme Wohlfahrtsstaat“) gewidmet sind. Das Fazit ist: Komme es nicht zu einem Neuanfang, stehe das politische System der Bundesrepublik vor einer Legitimitätskrise. Der Leser bekommt auch vermittelt: Während Kohls Kanzlerschaft habe die Fehlentwicklung der beiden deutschen Teilgesellschaften begonnen. Kohl, wenngleich mehr nebenbei erwähnt, erscheint doch meistens in der Rolle des Mitverursachers der Misere. Der Erfolg seiner Einigungspolitik sei nur vor dem Hintergrund gesamtdeutscher Verunsicherung zu verstehen. „Einheit“, das sei etwas gewesen, woran man sich habe halten können. Ein Nachbau der Bundesrepublik im Osten, ergänzt um eine verstärkte europäische Integration als vertrautes Muster Ade-

65 Jens BISKY, *Die deutsche Frage. Warum die Einheit unser Land gefährdet*, Berlin, 2005.

nauer'scher Politik war das Rezept. Von der Einheitsgeschichte in den 90er Jahren aber her gesehen, hätten sich die beiden deutschen Teilgesellschaften nach dem 3. Oktober 1990 höchst unterschiedlich entwickelt. Im Osten sei auf den Vereinigungsschock der Nachwendejahre (1990–1994) eine Zeit der Abgrenzung (1994–2001) gefolgt. Der Westen habe die 90er Jahre mit nervöser Normalisierung begonnen, die spätestens im Jahr 2001 in Reformhysterie umgeschlagen sei. Der Osten habe einen „dreifachen Bruch“ verkraften müssen (Einführung der Marktwirtschaft, Deindustrialisierung, Sprung in ein neues Weltwirtschaftszeitalter). Darüber hinaus habe die betriebene Förderpolitik vor allem zu einem komfortablen Elend, zu kaschierter Schwäche und subventionierter Stagnation geführt. Durch Kohls Politik der Transferzahlungen sei das Anspruchsdenken im Osten und das Warten auf die gewährende Hand des Staates, die anfangs 1989/90 fast verschwunden waren, wieder aktiviert worden. Schlimmer noch sei die sozialpsychologische Verkrampfung im deutsch-deutschen Umgang, die der Autor unverändert fortbestehen sieht.

Eine andere Strophe des seinerzeit allseits beliebten Singsangs mit dem Refrain „Deutschland steigt ab“ stammt von *Gabor Steingart* (seit 2001 Leiter des „Spiegel“-Hauptstadtbüros).⁶⁶ Auf seiner Speisekarte steht nicht nur die „Analyse der Vorgänge“, sondern auch die Schuldfrage, „wer hat und warum falsch reagiert“. Die Zubereitung aus einschlägiger Literatur zu den Themen Sozialstaatskrise, Wohlfahrtsstaat, Demografie, Globalisierung, Standort Deutschland usw., Statistiken der Deutschen Bank, Materialien von Wirtschaftswissenschaftlern, ist nach „Spiegel“-Rezeptur erfolgt. Die Probleme, mit denen es Deutschland zu tun habe, so wird mitgeteilt, reichten bis in die Nachkriegszeit. Damals sei unter dem Druck der alliierten Sieger ein „entscheidungsschwacher Anti-Führer-Staat“ geschaffen worden. Von Kanzlerschaft zu Kanzlerschaft hätten sich dann die Energien der Aufbauperiode verflüchtigt. Der „produktive Kern der Nation“ sei abgeschmolzen. Notwendig sei daher eine „zweite Staatsgründung“, um den produktiven Kern des Landes wieder zu vergrößern (Verfassungsreform, Entkopplung von Arbeit und Sozialstaat, radikale Reform des Steuersystems).

In der Ära Kohl seien „drei verschiedene Kanzler“ zu erleben gewesen: Kohl I., der vom Oktober 1982 bis Sommer 1989 „Kanzler des Erwartbaren“ gewesen sei, „kaum der Erinnerung wert“, als Politikertypus „Amtsinhaber“, dessen Erfolg auf seiner überdurchschnittlichen Durchschnittlichkeit gründete. Kohl II., der 1989/1992 von der Geschichte „eine zweite Chance“ bekommen habe. In der Stunde der Entscheidung sei er zum Staatsmann aufgestiegen, zur „politischen Überfigur“ Allerdings gehöre zu diesem Kapitel Einheit auch, dass der Westen Deutschlands ökonomisch zur Kolonie des Ostens gemacht

66 Gabor STEINGART, *Deutschland. Der Abstieg eines Superstars*, München 2004.

worden sei. Es habe „große Irrtümer des Helmut Kohl“ gegeben, sie seien aber in einer historischen Situation wie dieser unvermeidbar gewesen. Die Vereinigung sei politisch, historisch, kulturell und sicherheitspolitisch ein Zugewinn. Ökonomisch sei sie ein Desaster: Aufbau Ost durch Abbau West. Kohls eigentliches Versäumnis liege in der Nichtbeachtung dieser Fehlentwicklungen. Kohl III. sei dann wieder zum „Amtsinhaber“ geschrumpft, der zwischen den Machtblöcken der Gesellschaft hin und her lavierte und der die jeweils nächsten Wahlen unbeschadet überstehen wollte. Wirklich sei die Bilanz der gesamten Ära ökonomisch verheerend (2000!) Nicht eines der Probleme, mit deren Lösung er 1982 beauftragt worden war, habe er gelöst (Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, Wachstum). „Heute wissen wir: Kohl ist für beides verantwortlich, die deutsche Einheit und den seither beschleunigten Abstieg des Landes. Deutschland wurde von ihm vereint – und geschwächt.“

Es ist amüsant zu sehen, wie derartige Analysen schon nach der Rezensionrunde durch die Medienwelt an Frische einbüßen und nach ein paar Jahren vollends zu Makulatur geworden sind. Es handelt sich um Eintagsfliegen des Baissierjournalismus und des Push-Marketings der Buchbranche. Was einen – davon abgesehen – bei Produkten dieser Art immer wieder verduzt, ist die Beobachtung, wie eifrig hier (und offenbar ganz unbewusst) das Paradigma des großen Führers bedient wird, in dessen Vermögen es zu liegen habe, alles schon zu richten – die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung und das Wachstum und den Aufbau Ost ...

Eine Summe bisheriger Forschungsarbeiten zum Prozeß der „inneren“ Einheit hat die Berliner Dissertation (FU) von *Stefan Kettenburg* zu ziehen versucht.⁶⁷ Die Auswertung der einschlägigen, in einem 60-seitigen Literaturverzeichnis erfassten Studien, Aussagen und Meinungsumfragen ist schwerpunktmäßig auf zentrale Probleme konzentriert, denen auch in der öffentlichen Diskussion über die innere Einheit ein hoher Stellenwert zukommt: die Frage „Restitution vor Entschädigung“, die Einkommenssituation der privaten Haushalte, den Komplex der Rentenüberleitung, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, den Elitenaustausch in Ostdeutschland und die Geringschätzung „sozialkultureller Einrichtungen“ der DDR. Dabei wird jeweils von den Verhältnissen vor der Herbstrevolution ausgegangen, die dann mit den Veränderungen während und nach der Vereinigung verglichen und im Hinblick auf Ost-West-Polarisierungen und auf Ausformungen einer ostdeutschen Sonderidentität reflektiert werden. Die Studie gelangt zu dem Ergebnis, dass es im Einheitsprozess – entgegen der verbreiteten einseitigen Meinung von Einigungskritikern – weder den „ostdeutschen Verlierer“ noch den „westdeutschen Gewinner“ gebe und dass „die wesentlichen Grundkriterien der ‚inneren Einheit‘ er-

67 Stefan KETTENBURG, *Der deutsche Vereinigungsprozess und die „innere“ Einheit*, Hamburg 2004.

füllt“ seien. „Mehr Einheit braucht eine Demokratie nicht“ (S. 346). Also: Statt „Wir sind ein Volk“ erscheint in dem wiedervereinigten Deutschland das Bewusstsein „Wir sind das Volk“ angesagter.

Mit seinem Buch über die „wichtigsten Irrtümer“⁶⁸, die in der öffentlichen Meinung zur deutschen Einheit kolportiert werden, hat *Richard Schröder*, Professor für systematische Theologie und Philosophie an der Humboldt-Universität in Berlin, 1990 Vorsitzender der SPD-Fraktion in der frei gewählten Volkskammer der DDR, gewissermaßen einen Kommentar zu dieser Literaturgattung geliefert. Er räumt – ebenso verständig wie unterhaltend – mit den Stammtischparolen, populistischen Klischees und gängigen Halbwahrheiten auf, die sich in Ost und West – von links bis rechts – um das Einheitsgeschehen ranken und zur Bedienung von Vorurteilen und Emotionen immer noch reichlich gepflegt werden. So ergibt sich die Kapiteleinteilung fast von selbst: Irrtümer über die DDR (z.B. „Die Verhältnisse in der DDR waren gerechter als heute“), Irrtümer über die Vereinigung (z.B. „Die Währungsunion kam zu früh“) und Irrtümer über das vereinigte Deutschland (z. B. „Die deutsche Einheit ist gescheitert“). Die Einsprüche und Richtigstellungen erfolgen ohne Beserwisserei und Gelehrtengehebe, mit praktischem Verstand und weiser Ironie, so dass man das Buch jedem von Einheitszweifeln geplagten Deutschen zur Ermutigung empfehlen kann. Die Ausgangsbehauptung ist, dass die Grundentscheidungen der deutschen Einheit unter den damaligen Umständen „alternativlos“ gewesen seien. Ein gerechtes Urteil sei nur möglich, wenn man die wesentlichen Prozesse, um die es im Osten ging, berücksichtige und wenn man die Maßstäbe definiere, mit denen die deutsche Einheit bemessen werden soll. Als vernünftige Maßstäbe für den Stand der deutschen Einheit werden genannt: die Sicht vom Ausland her, das die deutsche Einheit für „eine Erfolgsgeschichte“ halte, die traditionelle Prägung Deutschlands durch markante Unterschiede, weshalb Einheit nicht als Einheitlichkeit verstanden werden dürfe, der Vergleich mit den anderen ehemals sozialistischen Ländern, bei dem Ostdeutschland seiner Entwicklung nach sehr gut abschneide, und der Vergleich der Lebensbedingungen in der DDR mit unseren heutigen („Auch die genialsten Klagekünstler werden sich schwertun, diese Bilanz im Tatsächlichen anzufechten.“).

Schröders Wortmeldungen in der Öffentlichkeit richteten sich vor allem gegen einseitige westdeutsche oder ostdeutsche Sichtweisen sowie gegen weltfremde Argumentationen in Bezug auf richtiges oder falsches Handeln im Prozeß der deutschen Vereinigung. So vertrat er im Fall des umstrittenen Buches von *Constanze Paffrath*⁶⁹ über die Behandlung der zwischen 1945 und 1949

68 Richard SCHRÖDER, *Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit*, Freiburg i. Br. 2007; vgl. DERS., *Probleme der inneren Einheit Deutschlands*, Bachem 1996.

69 Constanze PAFFRATH, *Macht und Eigentum. Die Enteignungen 1945–1949 im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung*, Köln 2004.

in der Sowjetischen Besatzungszone erfolgten Enteignungen den Standpunkt der frei gewählten Volkskammer und demokratischen Regierung der DDR.⁷⁰ Danach sei der sogenannte „Restitutionsausschluss“ zwar ungerecht, aber unvermeidlich gewesen. Es sei der Wille der legitimen Volksvertretung der DDR gewesen, die unter Besatzungsrecht erfolgten Enteignungen vom Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ auszunehmen. Den Thesen Paffraths zufolge hätte die Sowjetunion in ihren Verhandlungen mit den Deutschen keineswegs zur Bedingung gemacht, das während der sowjetischen Besatzung konfiszierte Vermögen dürfe nicht an die „Alt-Eigentümer“ zurückgegeben werden, wie dies von der Bundesregierung behauptet worden sei. Die Bundesregierung hätte die Öffentlichkeit wie die legislative Gewalt über diesen Sachverhalt absichtlich getäuscht. Sie hätte, „selbst um den Preis der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten“, einer unabdingbaren Forderung der Sowjetunion nach Restitutionsausschluss gemäß ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag keinesfalls entsprechen dürfen. Bei dieser Beschuldigung der „maßgeblichen“ Einheitspolitiker bekommt auch das Bundesverfassungsgericht den Vorwurf ab, es hätte bei seiner Rechtsprechung (Urteil vom 23. April 1991) gemeinsame Sache mit der Bundesregierung gemacht. These: „Das Verhalten von Bundesverfassungsgericht und Bundesregierung führte im Verein mit einer Täuschung der Legislative zu einer Unterminierung der verfassungsrechtlich gebotenen Gewaltenteilung.“ Das wäre tatsächlich ungeheuerlich, wenn es denn, und das gilt auch für die Kernthesen der Untersuchung, schwarz auf weiß bewiesen werden könnte. Aber auch so wurde in der Öffentlichkeit nach Bekanntwerden der Dissertationsergebnisse von Verfassungsbruch, deutschem Watergate, Regierungskriminalität, Staatshehlerei getönt – die Eindrücke des Parteispendenskandals der CDU und ihres Vorsitzenden waren ja noch frisch. Im Grunde ist die Arbeit Paffraths ein Lehrstück dafür, dass eine politikwissenschaftliche bzw. historische Studie über den Gegenstand eines laufenden Rechtsstreites nur schiefgehen kann, weil sich der Forscher damit unweigerlich auf das juristische Denken und die normative Begrifflichkeit einlassen muss. Das hat im vorliegenden Fall auch prompt dazugeführt, dass sich die Autorin auf die Seite einer Prozesspartei schlägt und ihr Thema sozusagen als Anwalt, Staatsanwalt und Richter in einer Person abhandelt. Nicht wie es eigentlich gewesen ist, interessiert sie, sondern die Frage, wie es am besten hätte gewesen sein sollen. Insbesondere die Historiker fanden deshalb sehr kritische Worte über Methodik und Problemstellung dieser Arbeit.⁷¹

70 „Also waren wir eure Hereros“, in: „Die Zeit“ vom 19.2.2004.

71 Michel STOLLEIS, „Wissenschaft ist das nicht, weder Historiographie noch Politologie“, vgl. SZ vom 15.3.2004 („Empörung geht vor Erforschung“); Günter BUCHSTAB, „Das Problem ... war also wesentlich differenzierter und komplizierter, als Frau Paffrath es unter ihrer parteinehmenden Fragestellung angeht“, vgl. FAZ vom 19.2.2004 („Eigentum und Einheit“).

Wenn es um Fehler und Versäumnisse im Prozess der Wiedervereinigung geht, muss sich auch die SPD und ihr Führungspersonal auf den Prüfstand stellen lassen. Der Zeithistoriker *Daniel Friedrich Sturm* hat in seiner ausführlich recherchierten Untersuchung,⁷² einer Bonner Dissertation, das Versagen der SPD und ihrer Führungsfiguren in der Umbruchzeit 1989/90, insbesondere in der Frage der deutschen Einheit dokumentiert. Er kann belegen, wie die Chance zur Wiedervereinigung die deutschen Sozialdemokraten „auf dem falschen Fuß“ antraf, ja wie sie sich weigerten – bis auf wenige Ausnahmen, zu denen neben Willy Brandt an vorderster Stelle etwa Karsten Voigt und Wolfgang Roth gehörten – die Entwicklungen in Osteuropa und in der DDR „zur Kenntnis zu nehmen“. Stattdessen verharrten sie in ihrer Status-quo-Haltung und blieben auf ihre Anfang der 80er Jahre begonnene Politik des Dialogs mit der SED fixiert. Die „Enkel Brandts“, namentlich Lafontaine, Wieczorek-Zeul, Momper, aber auch Gerhard Schröder, betrachteten zum Teil in einem „eigenartigen Wertrelativismus“ das bundesrepublikanische Gesellschaftssystem kritischer als das der DDR. Ein anderer Fall war Egon Bahr, der als „Ideologe der Zweistaatlichkeit“ seiner am Schreibtisch konstruierten Konzeption der Politik der Sicherheit und Stabilität in Europa verhaftet blieb. Der Fall der Mauer erzeugte bei den meisten Sozialdemokraten ein Gefühl der Unsicherheit. Der Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR, der SDP in Schwante am 7. Oktober 1989, begegnete die SPD mit äußerster Zurückhaltung, und man setzte zunächst weiter lieber auf die Staatspartei SED als Partner. Die Vorstellung eines „Wandels durch Abstand“ von Norbert Gansel (Vorsitzender des SPD-Parteirates) blieb ohne Echo. Die SPD verpasste den „Kairos“ auf dem Weg zur Einheit. Wie gegen Adenauers Westpolitik war sie anfangs auch gegen die Politik der Währungsunion, des Einigungsvertrages und des NATO-Bündnisses. Die Führung der neuen Ost-SPD (SDP) erwies sich politisch sehr viel weitsichtiger als die SPD-Spitze. Früher als jede andere politische Kraft in der DDR bekannte sie sich zur deutschen Einheit, einem parlamentarischen System westlicher Prägung sowie zur Sozialen Marktwirtschaft (S. 465). Von diesem Wiedervereinigungskurs der Ost-SPD wurde die westliche Sozialdemokratie, die weitgehend jegliches Gespür für die nationale Frage vermissen ließ, völlig überrascht. Die Folge waren kräftezehrende parteiinterne Auseinandersetzungen, die im Einigungsprozess in den Debatten um die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, den Einigungsvertrag und die NATO-Frage zu einem politischen Schlingerkurs führten. Besonders in der Frage der deutschen NATO-Zugehörigkeit blamierte sich die SPD mit ihren außenpolitischen Einschätzungen. Zitiert werden Bahr („Wer heute die staatliche Einheit fordert, muss die Auflösung von NATO

72 Daniel Friedrich STURM, *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90* (Willy-Brandt-Studien), Bonn 2006.

und Warschauer Pakt fordern“), Ehmke („Auch Kohl könne nicht so töricht sein zu glauben, dass die Volksarmee in die NATO kommt“), Lafontaine („Welch ein historischer Schwachsinn“), Klose („Eine NATO-Ausweitung auf das Gebiet eines vereinigten Deutschlands könne er sich nicht vorstellen“), Wischnewski („abwegig, wirklichkeitsfremd und geradezu lebensgefährlich“), Wiczorek-Zeul („Auflösung der NATO und Abzug der US-Truppen aus Deutschland und Westeuropa; es gebe keinen Grund mehr für die Fortexistenz der NATO“), und Hans-Jochen Vogel kritisierte das Bundeskanzleramt, wo man daran arbeitete, dass das vereinte Deutschland in der NATO bleiben könne, als Ort des Größenwahns und der Großmannssucht (S. 451). Die Quittung für ihre zweideutige, auf falschen Einschätzungen beruhende Politik in der deutschen Frage erhielt die SPD bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Während Lafontaine seinen Wahlkampf auf Angriffen gegen die Bundesregierung aufbaute, traf sich Brandt gleich mehrmals „demonstrativ“ mit Kohl (S. 376). Die Verärgerung über diese Begegnungen zwischen Altkanzler und Kanzler sei in der SPD groß gewesen. Am 30. September 1990 bestritten beide Männer sogar eine Fernsehsendung. Brandts Botschaft sei offenkundig gewesen: Er habe Kohls Politik unterstützt.

Zu Anfang dieses Literaturberichts ist von der Historisierung der Ära Kohl gesprochen worden. Diese Historisierung wird in dem Maße fortschreiten, in dem es politisch immer weniger interessieren wird, „in Kenntnis der Folgen den dazumal politisch Verantwortlichen die Fehler anzustreichen“ (R. Witt-ram), und stattdessen immer mehr das Verständnis des Ganzen als Sinn- und Wirkungszusammenhang Relevanz gewinnt. Nicht zuletzt für die Geschichtswissenschaft, wie für alle, die sich professionell – theoretisch oder praktisch – mit Politik befassen, sind die unerwarteten Ereignisse der Umbruchzeit Anfang der 90er Jahre eine besondere Herausforderung in Bezug auf die Deutung des Geschehens, auf Leitbilder, Erklärungsmodelle und Ortsbestimmungen. Die Historiker suchen mit Blick auf die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas nach den Kennzeichen der Zeit, nach dem geschichtlichen Sinngehalt der Vorgänge, die sie miterlebt haben. Seit dem Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit hatte es keine so einschneidende, den gesamten Kontinent betreffende Veränderung mehr gegeben. Was würde mit dem wiedervereinigten Deutschland sein? Welche Kontinuitätskräfte würden sich durchsetzen? Würde das geeinte neue Deutschland auch wieder alte Traditionen beleben? Die deutsche Frage, scheinbar gelöst, stellte sich auf dialektische Weise neu. Wie ein vereinigtes Deutschland aussehen würde, war auch das Thema jenes kuriosen Chequers-Seminars am 24. März 1990, zu dem die britische Premierministerin Deutschland-Experten der Geisteswissenschaften aus Amerika und England eingeladen hatte, um für ihre Deutschlandpolitik Klarheit darüber zu gewinnen, wie und wer die Deutschen eigentlich seien. Die von Thatchers Berater Charles Powell angefertigte Protokollnotiz über das Treffen und andere

Teilnehmerberichte hat *Udo Wengst* zusammen mit Presseartikeln führender deutscher Historiker über Aspekte der deutschen Einheit und über die Hauptstadtdebatte in einem lesenswerten Band herausgegeben.⁷³ Er gibt über die Einsichten, Maßstäbe und Erwartungen Auskunft, die von der Geschichtswissenschaft für die Interpretation der „verwirrenden und nur schwer durchschaubaren Einstellungen, Entscheidungen und Abläufe“ angeboten werden können. Sind es in der Nachkriegsepoche der Niedergang des Nationalismus und die Abkehr vom Nationalstaatsdenken gewesen, die das historische Bewusstsein und die Geschichtsschreibung geprägt haben, so scheint nun mit der staatlichen Einheit Deutschlands unversehens, aber offensichtlich das Nationale wieder zum Problem zu werden. Die Frage der deutschen Identität rückt wieder in den Mittelpunkt der Betrachtungen, die zwei mögliche Entwicklungslinien des „neuen“ Deutschlands identifizieren: entweder als Fortsetzung des bisherigen, als Abkehr von der deutschen Geschichte zu verstehenden politischen Kurses, wie er seit 1949 durch die Bundesrepublik eingeschlagen worden sei, oder als Übergang zu einem qualitativ anderen Staat, „eben einem neuen deutschen Nationalstaat“, der auch an ältere deutsche Traditionen wieder anknüpfen könne. Das Unbehagen der Historiker angesichts der „Geschichte im Entstehen“, in einer geschichtlichen Sternstunde, deren Folgen sie noch nicht überblicken, bringt *Arnold Esch*⁷⁴ einprägsam zum Ausdruck: „Schon fühlen wir, die wir früheren Generationen gern ihre Blindheit vorrechnen, den Finger späterer Historiker, denen wir unsererseits ohne Appellationsinstanz ausgeliefert sind, auf uns gerichtet, uns vorrechnend, was wir hätten sehen müssen – und wir sahen es nicht ...“ (S. 29).

Den wissenschaftlichen Problemen, mit denen sich die deutsche Zeitgeschichte nach dem Umbruch von 1989/90 konfrontiert sah, hat *Jürgen Kocka* eine Aufsatzsammlung gewidmet, deren vollmundiger Titel allerdings etwas in die Irre führt,⁷⁵ denn die „Vereinigungskrise“ wird nicht thematisiert, es sei denn, man nehme dafür Sätze wie „In der Geschichte gibt’s nichts umsonst“ oder „Wer weiß, was die nächsten Jahre im Osten bringen“. In diesen bereits in anderen Sammelbänden publizierten Beiträgen aus den Jahren 1990 bis 1995 geht es hauptsächlich um die historische Einordnung der Umbrucher Ereignisse, um die „wissenschaftliche Wiedervereinigung“, also das Entstehen einer gesamtdeutschen Geschichtswissenschaft, das der Verfasser als Mitglied des Wissenschaftsrates praktisch begleitet hat, sowie um die Geschichte der

73 *Historiker betrachten Deutschland. Beiträge zum Vereinigungsprozeß und zur Hauptstadtdebatte (Februar 1990–Juni 1991)*, ausgewählt und hg. von Udo WENGST, Bonn 1992.

74 Arnold ESCH, *Geschichte im Entstehen. Der Historiker und die Erfahrung der Gegenwart*, in: EBD. S. 17–29.

75 Jürgen KOCKA, *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*, Göttingen 1995.

DDR als Forschungsproblem. Zur Bewältigung der „Vereinigungskrise“ wird staatstragend empfohlen, die Weiterentwicklung der „neuen Bundesrepublik“ fest in den Traditionen der alten zu verankern, deren Bilanz „sich insgesamt sehen lassen“ könne. Kockas Formulierung „Die Resultate politischer und sozialer Handlungen stimmen mit den ihnen zugrunde liegenden Absichten nur selten überein. Die Geschichte ist ein Prozess. Seine Voraussagbarkeit hat ähnlich enge Grenzen wie seine Machbarkeit, doch beides tut seiner Erklärbarkeit ex post keinen Abbruch“ (S. 133), kann man als Historiker nur aus ganzem Herzen zustimmen, nicht nur mit Blick auf den Zusammenbruch der DDR und die deutsche Vereinigung, sondern auch mit Blick auf die Ära Kohl insgesamt.

Die nächste Folge dieses Literaturberichts zur Geschichte der Ära Kohl wird neben Monographien zur Außen- und Europapolitik vornehmlich Arbeiten über innenpolitische Themen (Wirtschaft, Sozialpolitik, Kultur, Medien, Parteien) und über das „System Kohl“ berücksichtigen.